



Foto: Federico Gambarini (dpa/Picture alliance)

Gegner der Anti-Islam-Bewegung „Dügida“ demonstrieren am 12. Januar 2015 in Düsseldorf

Die Demokratie verteidigen

Interview: NRW-Innenminister Ralf Jäger zu Islamismus, Fremdenfeindlichkeit und Flüchtlingspolitik

Eberhard Neugebohrn: Der Verfassungsschutz geht davon aus, dass in Nordrhein-Westfalen 1.900 Salafisten leben. Menschen aus NRW kämpfen in Syrien für den Islamischen Staat und kommen möglicherweise radikalisiert und gegen Gewalt abgestumpft hierher zurück. Es hat Attentatsversuche gegeben, die zum Glück misslungen sind, wie 2013 die Bombe auf dem Bonner Bahnhof. Wie gefährlich ist die Situation in NRW? Was können die Sicherheitsorgane des Landes gegenüber diesen Herausforderungen leisten?

Minister Ralf Jäger: Die Gefährdungslage hat sich verdichtet. Deshalb sind die Sicherheitsbehörden sehr wachsam. Sie arbeiten auch über Ländergrenzen hinweg eng zusammen. Polizei und Verfassungsschutz gehen zielgerichtet gegen gefährliche, gewaltbereite Dschihadisten vor. In Nordrhein-Westfalen verstärken wir Polizei und Verfassungsschutz. Bis 2017 werden insgesamt 385 zusätzliche Beamte eingestellt. Dies ermöglicht eine noch effektivere Bekämpfung der Gefahr durch islamistischen Terror.

Die Sicherheitsvorkehrungen in NRW sind schon seit Langem auf hohem Niveau und sind nochmals intensiviert worden. In den letzten Jahren konnten mehrere Anschlagversuche vereitelt werden. Wir tun alles, um einen möglichen Anschlag in NRW zu verhindern. Konkrete Hinweise auf ein bevorstehendes Attentat gibt es aber nicht. Zur Ehrlichkeit gehört es auch zu sagen, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gibt. Trotzdem dürfen wir uns nicht verunsichern lassen. Wir müssen wachsam sein, dürfen aber unsere westlichen demokratischen

→ weiter auf Seite 3

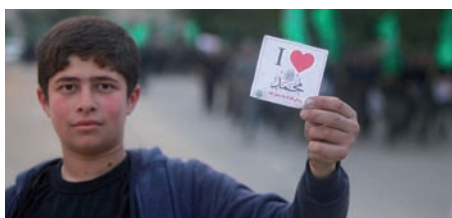


Foto: Ashraf Amra



Foto: wege (fotolia)



Foto: Klimakommune Saerbeck

Schwerpunkt: Islam und Gesellschaft
Charlie Hebdo und die Weltpolitik → Seite 5
Islam zwischen gestern und morgen → Seite 6

Weichenstellung für die Zukunft?
Klimaabkommen und Nachhaltigkeitsziele → Seite 8

Viele Wege, ein Ziel
Kommunaler Klimaschutz in NRW → Seite 12

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Du sollst keine andern Götter haben neben mir. (...) Denn ich, der Herr, dein Gott, bin ein eifersüchtiger Gott: Bei denen, die mir Feind sind, verfolge ich die Schuld der Väter an den Söhnen, an der dritten und vierten Generation; bei denen, die mich lieben und auf meine Gebote achten, erweise ich Tausenden meine Huld.“ So heißt es im 2. Buch Mose. Der Gott der monotheistischen Religionen ist eifersüchtig.

Religionen sind durch die materiellen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen ihrer Entstehungszeit bestimmt, und alle Religionen sind in vormodernen Zeiten entstanden. In Europa entwickelte sich mit der Aufklärung ein rationales Welt- und Menschenverständnis, zu dem die Vorstellung von Freiheit und Gleichheit des vernunftbegabten Individuums und seiner Verankerung in der Gesellschaft und Kultur seiner Zeit gehört. Dieses Menschen- und Weltbild ist auch ein Erbe der Vorstellung von der Gleichheit der Menschen in ihrer Gottesebenbildlichkeit. Trotzdem kollidiert es in vielfacher Hinsicht mit den kanonisierten Auffassungen der Religionen.

„Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen.“ (2. Buch Mose) Zu rigorosen christlichen Bilderverboten kam es besonders im 8. und 9. Jahrhundert in Byzanz, aber auch Calvin und Zwingli missbilligten religiöse bildliche Darstellungen. Der Koran enthält kein Bilderverbot. Erst in der Hadith-Literatur im 8. Jahrhundert taucht es auf. (Hadithe sind die Überlieferungen der Aussprüche und Taten des Propheten Mohammed.)

Die Redaktion der Satire-Zeitschrift Charlie Hebdo reagierte auf die Ermordung ihrer Kollegen mit einer Mohammed-Karikatur. In vielen islamischen Ländern gab es daraufhin große Protestdemonstrationen gegen die Beleidigung des Propheten und Anschläge auf Kirchen

und Einrichtungen europäischer Institutionen mit vielen hundert Toten. Auch in Europa kritisieren Menschen die (neuerliche) Provokation vieler Muslime und die Verletzung ihrer religiösen Gefühle. Mal wieder setzte eine Debatte ein, was Satire darf und wie weit sie durch die durch Verfassungen garantierte Meinungsfreiheit gedeckt ist. Ist die bildliche Darstellung des Propheten bereits die Provokation oder erst seine Karikatur?

Der Franziskanermönch Thomas Murner predigte im 15. Jahrhundert gegen gotteslästerliche Zeitgenossen: Wer „das Maul in den Himmel stößt“, provoziere damit Gottes Rache durch Katastrophen, Seuchen und Hungersnöte. Der Rechtsgelehrte der Aufklärung, Paul Josef Anselm von Feuerbach hingegen meinte: „Dass die Gottheit injuriert (beleidigt) werde, ist unmöglich; dass sie wegen Ehrenbeleidigung sich an Menschen räche, undenkbar; dass sie durch Strafe ihrer Beleidiger versöhnt werde, Torheit.“

Im Jahr 2011 hat das Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen festgestellt, dass „Verbote von Darstellungen mangelnden Respekts vor einer Religion (...), einschließlich Blasphemiegesetzen, mit dem Vertrag (über die Menschenrechte) inkompatibel“ sind, außer in Fällen, in denen gegen das Verbot der „Verfechtung nationalen, rassistischen oder religiösen Hasses, welche zur Diskriminierung, Feindseligkeit oder Gewalt anstiftet“, verstoßen wird.

Viele versuchen, die aktuellen Dilemmata dadurch zu lösen, dass sie Muslime von Islamisten oder Salafisten unterscheiden und sprechen diesen womöglich ab, zum Islam zu gehören. Manche verweisen auf die Gewalt in anderen Religionen. Waren die christlichen Inquisitoren keine Christen? Sind die militanten zionistischen Siedler auf der Westbank keine

Juden? Wer soll das entscheiden?

Wie also umgehen mit den Widersprüchen zwischen den Ansprüchen des eifersüchtigen Gottes und der ihm gehorsamen religiösen Orthodoxie einerseits und der säkularen modernen Welt andererseits? Dr. Lale Akgün verlangt in dieser Ausgabe der Resultate einen modernen Islam, zu dem die Muslime nur durch eine Historisierung ihrer Glaubensüberlieferung kommen können. Historisierung bedeutet, zeitbedingte Positionen zu unterscheiden von übergeschichtlichen – weil allgemein menschlichen – Wertorientierungen.

Es hilft nicht, die historischen Wurzeln von Gewalt im Islam zu verschweigen, auf die sich der „Islamische Staat“ oder „Boko Haram“ berufen. Auch das Alte Testament ist voll von Vernichtungsdrohungen des strafenden Gottes, die als Legitimation für Scheiterhaufen, Kreuzzüge oder koloniale Eroberungen galten. Und man muss heute noch den Zivilisations- und Kulturverlust bedauern, den Europa durch den Sieg der christlichen spanischen Reconquistadoren über die toleranten und den Wissenschaften aufgeschlossenen muslimischen Mauren erfahren hat. Unmittelbar nach dem Sieg 1492 ordneten die „Katholischen Könige“ Ferdinand II. und Isabella I. die Vertreibung der Juden aus Spanien an.

Die europäische Moderne ist mit großartigen Versprechen auf den Plan getreten. Die Befreiung von Ländern wie Ägypten, Syrien oder Irak aus kolonialer oder halbkolonialer Ausbeutung und Unterdrückung war von Zukunftsbildern geleitet, die durch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Säkularität und Prosperität bestimmt waren. Der Rückfall in vormoderne Gesellschaftsvorstellungen und die Renaissance von Konzepten des 7. Jahrhunderts ist auch eine Reaktion auf die nicht gehaltenen Versprechen im 20. Jahrhundert.

1795 schreibt Kant in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“, es sei „mit der Gemeinschaft unter den Völkern der Erde (...) so weit gekommen (...), dass die Rechtsverletzung an einem Platz der Erde an allen gefühlt wird“. Er entwickelt daraus die Notwendigkeit der universalen Durchsetzung der Menschenrechte und eines „Weltbürgerrechts“. Das ist 220 Jahre her. Die Aufgabe bleibt. Die mit der Moderne aufgekommene säkulare Gesellschaftsordnung ist unvermeidlich. Ich bin Charlie!

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Eberhard Neugebohm



Demonstration am 12. Januar in Hamburg

Foto: dpa/Christian Charisius

Die Demokratie verteidigen

→ Fortsetzung von Seite 1

Werte nicht in Frage stellen. In Angst zu verfallen wäre falsch. Dann hätten die Terroristen ihr Ziel erreicht.

Der Bundesinnenminister und die Konferenz der Innenminister haben über neue gesetzliche und polizeiliche Maßnahmen zur Abwehr terroristischer Bedrohungen diskutiert, z. B. die Speicherung und den Austausch von Flugpassdaten oder dass Salafisten der Personalausweis entzogen werden kann, um sie an der Ausreise zu hindern. Wo sehen Sie die Grenze, dass durch solche Maßnahmen Freiheitsrechte der hiesigen Bevölkerung unangemessen beeinträchtigt werden?

Wir müssen alles tun, um zu verhindern, dass sich gewaltbereite Islamisten in Kampfgebieten und Ausbildungscamps weiter radikalieren und an Waffen und Sprengstoff ausgebildet werden. Deshalb sind sich alle Innenminister einig, alles rechtlich Mögliche zu unternehmen, um die Ausreise von Dschihadisten in die Kriegsgebiete in Syrien und im Irak zu verhindern. Wir wollen keinen Terror exportieren. Deshalb unterstützen wir das Vorhaben, gefährlichen und gewaltbereiten Salafisten künftig statt eines Personalausweises nur ein Ersatzdokument auszustellen. Daraus geht auf den ersten Blick hervor, dass sie nicht ausreisen dürfen. Der Weg in die Kriegsgebiete kann ihnen so entscheidend erschwert oder im besten Fall sogar verbaut werden. Aber wir dürfen beim Kampf gegen den Terror auch nicht das Augenmaß verlieren. Das Ziel von Terroristen ist es doch gerade, unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie zu erschüttern. Das werden wir nicht zulassen.

Wie bewerten Sie die Haltung der islamischen Gemeinschaften hier in NRW und in Deutschland gegenüber den Herausforderungen durch radikale Islamisten?



Gewalttätige Demonstration „Hooligans gegen Salafisten“ am 26. Oktober 2014 in Köln



Kritik an der Verteilung kostenloser Koran-Exemplare durch Salafisten

Wir wissen, dass vor allem die Prävention nur funktionieren kann, wenn auch der Rückhalt in der muslimischen Gemeinschaft vorhanden ist. Deshalb sind auch Vertreter der Moscheegemeinden oder der muslimischen Gemeinschaft vor Ort in unsere Präventionsarbeit eingebunden. Zudem stehen wir mit den islamischen Verbänden in einem intensiven Dialog. Dazu gehört zum Beispiel die Durchführung gemeinsamer Diskussionsveranstaltungen. Diese gute Zusammenarbeit wird fortgesetzt und ausgebaut.

Gibt es in NRW Programme, mit denen junge Menschen aufgefangen werden sollen, die sich islamistischen Gruppen anschließen wollen? Oder die sich an zurückgekommene islamistische Kämpfer richten und auf deren gesellschaftliche Wiedereingliederung abzielen?

Salafismusprävention ist für uns eine Schwerpunktaufgabe. Wir setzen auf Aufklärungsarbeit und Hilfsangebote. Die Konzeption beruht auf zwei Säulen: Im Oktober 2014 haben wir unser Aussteigerprogramm begonnen, das ein Angebot an stark radikalisierte Islamisten und desillusionierte Rückkehrer ist. Neben einer Hotline für Hilfesuchende setzen wir hier auch Ausstiegsbetreuer ein, die aktiv auf potenzielle Ausstiegs-kandidaten – auch Ausreisewillige und Rückkehrer – zugehen. Diese Arbeit ist schwierig und man braucht dafür einen langen Atem. Zum anderen gibt es seit 2014 das Programm „Wegweiser“, das früher ansetzt. „Wegweiser“ richtet sich insbesondere an junge Menschen, die gefährdet sind, in die Radikalisierungsfälle zu laufen oder tiefer in die Szene abzurutschen. Ziel ist es, den Ausstieg vor dem Einstieg zu erreichen. In der ersten Stufe wurden bereits Beratungsstellen in Bonn, Düsseldorf und Bochum eingerichtet. Die Stellen vor Ort berichten über erste gute Erfahrungen mit dem Projekt. „Wegweiser“ soll deshalb weiter

ausgebaut werden. Für 2015 sind vorgesehen: das „bergische Dreieck“ Wuppertal/Solingen/Remscheid, Duisburg mit Dinslaken und Wesel sowie Köln und Dortmund. Wir sind also auf dem richtigen Weg. Das zeigt auch das internationale Interesse an diesem Projekt.

Eine aktuelle Bertelsmann-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 57 Prozent der befragten Nicht-Muslime den Islam als Bedrohung empfinden. Dieser Eindruck spiegelt sich auch in den „Pegida“-Demonstrationen wider. Wie beurteilen Sie die nordrhein-westfälischen Varianten dieser Bewegung?

Anders als es uns Rechtsextremisten und die „Pegida“-Bewegungen weismachen wollen: Die übergroße Mehrheit der bei uns lebenden Muslime will friedlich in unserer freiheitlichen Demokratie leben. „Pegida“ und ihre NRW-Abteiler wollen mit islamfeindlicher Agitation und ausländerfeindlicher Hetze Vorurteile und Intoleranz anheizen. „Pegida“ bietet Rechtsextremisten und Rechtspopulisten eine Plattform. Ihnen geht es ausschließlich darum, diffuse Ängste zu schüren und für die eigene Propaganda zu nutzen. Die Organisatoren der Veranstaltungen von „Pegida“-Ablegern in NRW stammen aus dem rechtsextremistischen Umfeld. Diese Aufwiegler treiben ihr Unwesen auf dem Rücken von rund vier Millionen friedliebenden Muslimen in Deutschland. Besonders schockierend ist die Hetze gegen Flüchtlinge. Diese Menschen haben sowieso schon alles verloren und brauchen unsere Hilfe.

Müssen wir uns besonders um die „Mitläufer“ der „Pegida“-Bewegung bemühen? Wie kann man sie erreichen, um sie nicht dem rechten Lager zu überlassen? Gibt es dazu Ideen seitens des Landes?

Wir müssen den Menschen zuhören, wenn sie sich Sorgen um die soziale Balance in Deutschland machen. Mir ist wichtig, auch die

Die Demokratie verteidigen

→ Fortsetzung von Seite 3

zu überzeugen, die heute unzufrieden und enttäuscht sind. Niemand will, dass jemand seine eigenen Werte aufgibt, auch ich nicht. Wir dürfen den rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen der Rechtsextremisten nicht das Feld überlassen. Wir dürfen nicht zulassen, dass diffuse Ängste Menschen in die Fänge rechter Agitatoren treiben. Wir stellen uns dieser Herausforderung. Es ist mir wichtig, mit Wissen und Fakten zu überzeugen. So ist es schlicht falsch, bei einem muslimischen Bevölkerungsanteil von rund fünf Prozent in Deutschland von einer Islamisierung der Gesellschaft zu sprechen.

Viele nordrhein-westfälische Kommunen richten derzeit neue Unterkünfte für Flüchtlinge ein, die vor den Bürgerkriegen im Nahen Osten geflüchtet sind. Wie wird sich die Situation im kommenden Jahr entwickeln?

Land und Kommunen müssen die Bemühungen der letzten Jahre weiter fortsetzen und weitere Unterbringungsplätze aufbauen. Aktuell hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seine Prognosen veröffentlicht. Für 2015 werden 300.000 Flüchtlinge prognostiziert. Das bedeutet eine Steigerung zum Vorjahr um etwa 50 Prozent. Über 60.000 Flüchtlinge werden nach NRW kommen. Die Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen, sind vielfältig. Krieg und Verfolgung sind nicht die einzigen.

In den letzten Wochen haben sich viele Menschen aus dem Kosovo zu uns auf den Weg gemacht. Sie wollen der schlechten wirtschaftlichen Situation und Perspektivlosigkeit in ihrer

Heimat entgehen. Diese Menschen werden nicht bei uns bleiben können. Trotzdem müssen wir zunächst für ihre Unterkunft sorgen.

Wie können sich die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen für ein gutes Miteinander von Muslimen und Nicht-Muslimen und für eine menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen einsetzen?

Die Grundlage ist, dass wir alle – Politik, Staat und Zivilgesellschaft – gegen jede Form von Vorurteilen eintreten und Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns flüchten, menschenwürdig unterbringen und integrieren. Wenn also unbegründete Ängste gegen friedlich mit uns lebende Muslime geschürt werden, muss die Zivilgesellschaft die Stimme erheben oder auf die Straße gehen. In den letzten Wochen hat das eine Vielzahl von couragierten Menschen hier bei uns in NRW getan. Die Anti-Islambewegung konnte hier bis heute nicht Fuß fassen. NRW war, ist und bleibt ein weltoffenes und tolerantes Land.

Für die Flüchtlinge haben wir in NRW in den letzten Monaten mit großem Engagement Verbesserungen in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes geschaffen. So wurden etwa Qualitätsstandards verbindlich festgelegt und fortlaufend kontrolliert, und es gibt feste Vorgaben für die Sicherheitsstandards. Derzeit arbeiten wir gemeinsam mit dem Arbeitsausschuss Migration der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege NRW, dem Flüchtlingsrat NRW und Pro Asyl an einem Konzept für



NRW-Innenminister Ralf Jäger

Foto: Ministerium für Inneres und Kommunales NRW

ein dezentrales Beschwerdemanagement. Die Flüchtlinge brauchen aber noch mehr. Sie brauchen menschliche Zuwendung durch die Zivilgesellschaft. Das bedeutet gesellschaftliches Engagement und persönlicher Einsatz. Vor Ort erlebe ich die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu helfen, insbesondere durch die Arbeit der Ehrenamtler in den Hilfsorganisationen, die das Land und die Kommunen bei dieser Aufgabe tatkräftig unterstützen.

Was sind in diesem Zusammenhang Ihre Erwartungen an uns als Förderstiftung des Landes, zu deren Förderzwecken auch Projekte des interkulturellen Lernens zivilgesellschaftlicher Organisationen gehören?

Die meisten der Menschen, die jetzt bei uns Schutz suchen, werden für längere Zeit, viele auch auf Dauer bei uns bleiben. Diese Menschen müssen wir in unsere Gesellschaft integrieren. Bildung und Sprache sind wichtige Faktoren dafür, dass uns diese Integration gelingt. Für Kinder und junge Flüchtlinge muss etwa der Einstieg in die schulische Bildung gelingen. Gleichzeitig kann das interkulturelle Lernen dazu beitragen, dass man kultureller Vielfalt offen begegnet, sie als Gewinn für unsere Gesellschaft versteht und Vorurteile verwirft. Ich denke, dass sich Ihr Engagement hierzu für uns alle auszahlen würde.

→ Informationen, u. a. zum Programm „Wegweiser“, und Publikationen (auch Unterrichtsmaterialien) zu Islamismus und Rechtsextremismus auf der Internetseite des Ministeriums www.mik.nrw.de, unter „Schutz & Sicherheit“, „Verfassungsschutz“



Foto: Marius Becker (dpa/picture alliance)

Neue Heimat? Rund 600 Flüchtlinge sind in diesem ehemaligen Verwaltungsgebäude in Köln untergebracht.

Charlie Hebdo als Wendepunkt der Weltpolitik?

Was Europa tun kann Von Dirk Messner

„Paris 2015“ stand bis vor wenigen Wochen für die Klimakonferenz Ende dieses Jahres in Paris. Seit den terroristischen Attentaten auf Charlie Hebdo und einen jüdischen Supermarkt wird „Paris 2015“ zu einem Synonym für die Ängste vor einem weltweit um sich greifenden Dschihadismus. Die Attentate werfen viele innenpolitische Fragen auf: Wie verhindert eine kluge Einwanderungs- und Inklusionspolitik die Radikalisierung junger Muslime in Europa? Wie kann vermieden werden, dass „die Muslime“ und „der Islam“ unter Generalverdacht gestellt werden? Wie können Anschläge auf jüdische und muslimische Einrichtungen verhindert werden? Behalten die Vertreter der offenen Gesellschaft die Oberhand gegen demokratiegefährdende rechtspopulistische oder extremistische Reaktionen auf „Paris“?

Die Pariser Attentate stellen jedoch auch eine Herausforderung für die Außenbeziehungen Europas dar. Sie stehen in einem Kontext mit der Schreckensherrschaft des „Islamischen Staates“, die sich vom Mittelmeer bis nach Pakistan auszubreiten droht, Al-Kaida, Boko Haram in Nigeria, dschihadistische Gruppen im Jemen, in Mali, auf den Philippinen. Der Dschihadismus ist eine transnationale Bewegung, ein schwer zu kontrollierendes Netzwerk, das auch in Europa Jugendliche mit einfachen Identitätsangeboten, radikalen Lösungen, Gewaltverherrlichung und revolutionärem Pathos in seinen Bann zieht. Dabei spricht der Dschihadismus nicht nur die Ausgegrenzten an, sondern – man erinnere sich an die Attentäter von 9/11 – auch akademisch gebildete Menschen.

Europa steht vor drei zentralen Herausforderungen

Erstens vertritt der Dschihadismus, ähnlich wie im 20. Jahrhundert Stalinismus und Faschismus, ein Weltordnungskonzept, das auf die Vernichtung der politischen Gegner abzielt. Im Visier stehen „der Westen“, aber auch alle



Gaza, Januar 2015: „Ich liebe den Propheten Mohammed!“

Muslimen, die sich dem Machtanspruch der Fundamentalisten nicht unterordnen. International abgestimmte Terrorbekämpfung, die die Fehler von Abu Graib und Guantanamo vermeidet, die wie Brandbeschleuniger für den islamistischen Fundamentalismus wirkten, ist daher notwendig. Die Eindämmung des Dschihadismus kann nur gelingen, wenn Europa und der Westen zugleich in einen Austausch mit islamischen Glaubensvertretern, Regierungen, gesellschaftlichen Gruppen, Intellektuellen tritt. Denn das Verhältnis zwischen „dem Westen“ und „den islamischen Gesellschaften“ ist von wechselseitigen Vorurteilen, Ignoranz, Unkenntnis und oft Ablehnung geprägt. Muslime machen etwa 25 Prozent der Weltbevölkerung aus. Die Verständigung mit ihnen über die Grundlagen des Zusammenlebens in einer eng vernetzten Weltgesellschaft ist auch eine wichtige Dimension bei der Suche nach einer kooperationsbasierten Weltordnung. Dabei muss die Vielfalt der islamischen Welt berücksichtigt werden: Indonesien und Tunesien sind vielversprechende Demokratien, Jordanien und Marokko aufgeklärte Monarchien, in Saudi-Arabien wurde gerade ein liberaler Blogger zu zehn Jahren Haft und 1000 Peitschenhieben verurteilt. Die Auslegungen des Koran und dessen Bedeutung für die Gestaltung von Gesellschaften gehen weit auseinander. Eine Verständigungsstrategie mit islamischen Gesellschaften zu entwickeln, wäre eine Kraftanstrengung, vergleichbar mit der Willy Brandt'schen Ostpolitik.

Zweitens muss, zum Beispiel während des G7-Gipfels Anfang Juni auf Schloss Elmau, verhindert werden, dass die Auseinandersetzung mit dem Dschihadismus zu einer Verengung der internationalen Politik auf Terrorbekämpfung und Sicherheitspolitik führt. Das 21. Jahrhundert ist das Jahrhundert der global commons, der globalen Systemrisiken und Entwicklungschancen: Der Schutz des Erdsystems, die Domestizierung der globalen Finanzmärkte, Armutsbekämpfung, globale Regeln für Daten-

schutz und Bürgerrechte im digitalen Zeitalter dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Diese Menschheitsthemen stehen 2015 in den Debatten um die globalen Entwicklungsziele und über einen Klimavertrag auf der Agenda – sie müssen mit viel Kraft vorangebracht werden.

Drittens eröffnet sich der deutschen Entwicklungspolitik eine große Chance. Entwicklungsminister Gerd Müller hat die Neuordnung der Zusammenarbeit mit der MENA-Region, zu der zerfallende Gesellschaften wie Syrien, Irak, Jemen, Länder des verblühten arabischen Frühlings wie Ägypten und Libyen, das sich demokratisierende Tunesien und Regionalmächte wie Saudi Arabien und Iran zählen, schon vor Monaten zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht. Die gesamte Region befindet sich im Umbruch. Wie hier, durch internationale Zusammenarbeit, sich beschleunigendem Staatenzerfall und der Ausbreitung des Dschihadismus entgegengewirkt und zur sukzessiven Überwindung von Autoritarismus und Korruption beigetragen werden kann, umschreibt eine echte Herkulesaufgabe. Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik müssen ihre Strategien in dieser Nachbarschaftsregion eng abstimmen. Deutschland allein kann nur begrenzte Wirkung entfalten. Minister Müller sollte seine „Sonderinitiative MENA“ zu einem europäischen Ansatz weiterentwickeln.



Foto: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Prof. Dr. Dirk Messner ist Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Der Beitrag wurde erstmals am 21. Januar auf der Internetseite des DIE veröffentlicht.

Zwischen gestern und morgen

Der konservative Islam gegen den reformierten Islam

Von Lale Akgün

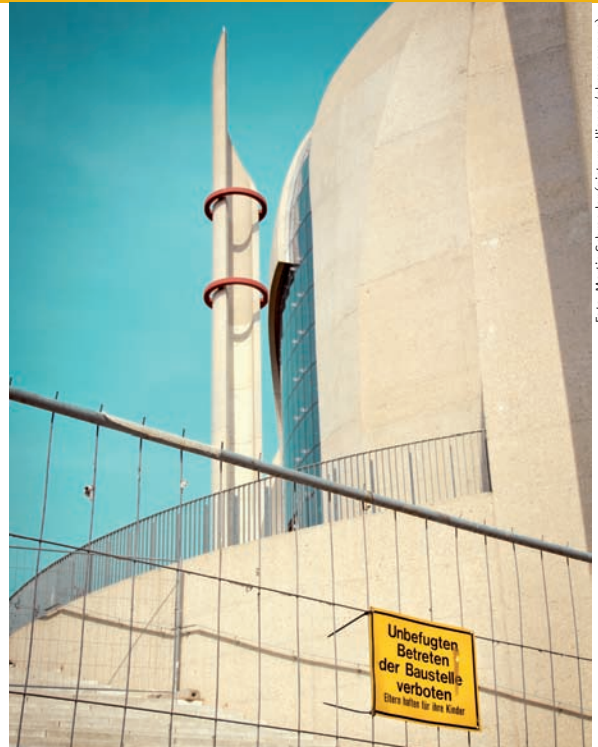


Foto: Martin Schroeder (picture alliance/chororange)

Seit 2011 im Bau: DITIB-Moschee in Köln-Ehrenfeld

Ob nun die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi davor warnt, die Terrorgruppe IS als „radikal-islamisch“ zu bezeichnen, oder die Kanzlerin der „Feststellung“ des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff zustimmt, dass der Islam zu Deutschland gehöre: wir haben eine paradoxe Situation. Man will den politischen Islam bekämpfen und macht selber Politik mit dem Islam – mit was für einem Islam, darüber wird kaum nachgedacht. Gewisse Aussprüche mögen zwar gut gemeint sein – mehr aber auch nicht. Wer Vorurteile bekämpfen will, kann mit Slogans oder politisch korrekter Tabuisierung nichts erreichen. Zumal er damit argumentativ jene bedient, die meinen, die Definitionsmacht über den „richtigen“ Islam zu haben. Dabei handelt es sich allerdings zumeist um ein ultra-konservatives, fundamentalistisches, 1400 Jahre altes Islamverständnis. Und das führt oftmals zu verheerenden Konsequenzen für das praktische und politische Leben.

Wer ein solches Islamverständnis für allgemeingültig oder gar für das einzig richtige hält, übersieht, dass die große Gruppe der Muslime sehr viel bunter gemischt ist. Da gibt es Fromm-Gläubige genauso wie Liberale. Es gibt Kulturmuslime, die den Traditionen anhängen, mit dem Glauben aber nicht viel am Hut haben. Es gibt aber auch – gerade hier in Mitteleuropa – junge Menschen, die kaum etwas über islamische Traditionen und erst recht nichts über den Koran wissen, sich aber dennoch als fanatische Glaubensanhänger sehen. Es gibt Menschen, die einen Volksglauben aus ihrer Heimat

mitgebracht haben und andere, die patriarchale oder gewaltbefürwortende Haltungen als islamisch betrachten.

Was ist islamisch – was ist unislamisch?

Was darf man im Namen Gottes machen oder was muss man unterlassen? Im Schatten der großen politischen Schlagzeilen über den Islam sollte man nicht übersehen, dass das Leben vieler muslimischer Menschen von der „kleinen“ Politik des Moscheevereins in ihrem Stadtteil mitbestimmt wird. Dessen Beharrungskräfte sorgen dafür, dass der Status Quo erhalten bleibt. Und der lautet kurz gefasst: Der Koran ist Gottes Wort und unveränderlich gültig, und wir leben unser Leben nach dem Vorbild des Propheten. Oder wie es der Religionspädagoge Harry Harun Behr (Uni Frankfurt) treffend formuliert: „Sehr viele Muslime verstehen unter islamischer Theologie die Deutung der gegenwärtigen Situation aus der Tradition, aus Koran und Sunna.“

Hieraus folgt wiederum: Wir brauchen einen aktuellen theologischen Diskurs über die Deutung des Korans und der Sunna, die das Leben und Wirken des Propheten Mohammed zum Vorbild erklärt. Dieser theologische Diskurs sollte vor allem akademisch-wissenschaftlich geführt werden – aber nicht nur! Denn die theologische Auslegung dessen, was Islam heute bedeutet, betrifft alle Muslime – und auch Nichtmuslime. Sie hat großen Einfluss auf das gesellschaftliche und politische Leben. Politik wird eben auch mit theologischen Inhal-

ten gemacht – ja, damit wird auch über das Zusammenleben von Menschen bestimmt. Deswegen ist die theologische Auslegung des Koran und der Sunna mitnichten nur eine religiöse Frage, sondern auch eine sehr politische. Ohne grundlegende, auf unsere Zeit bezogene theologische Neudeutungen und Reformen wird der Umgang mit dem Islam nur ein Auskurieren von Symptomen bleiben.

Inzwischen dürfte auch dem konservativsten Islamvertreter klar sein, dass die stärkste Ablehnung des im Namen des Islams ausgeübten Terrorismus nichts verändert oder bewirkt, solange den Terroristen nicht die theologische Grundlage entzogen wird. Eine Distanzierung von Gewalt, wie sie immer wieder von den konservativen islamischen Würdeträgern erfolgt, ist notwendig, aber nicht hinreichend. Es muss auch eine Distanzierung von jenen theologischen Quellen des Islam erfolgen, die Gewalt – in welcher Form auch immer – rechtfertigen.

Wenn der sogenannte „Islamische Staat“ seine menschenverachtende Politik mit Koransuren rechtfertigt, dann reicht es eben nicht aus, als Reaktion darauf ständig zu wiederholen, der Islam habe mit Terror nichts zu tun; ebenso wenig reicht es, nur Terrorbekämpfung zu fordern beziehungsweise anzuordnen. Dann müssen vor allem die Koransuren ins Blickfeld rücken, mit denen dieser Terror gerechtfertigt wird. In der Konsequenz heißt das: An der theologischen Reform des Islam führt kein Weg vorbei, wenn wir den politischen Islam, das heißt den Islamismus, zurückdrängen wollen.

Was bedeutet Reform im Islam?

Der eben zitierte Harry Harun Behr formuliert es so: „Ich meine, Theologie dient auch dazu, die Tradition aus dem Blickwinkel der Situation zu betrachten und umzuformulieren.“ Er hat Recht. Referenzpunkte für eine zeitgemäße Interpretation des Korans müssen globale Werte sein – die Allgemeinen Menschenrechte, vor allem die völlige Gleichberechtigung von Mann und Frau. Nur so wäre die Vereinbarkeit des Islam mit Demokratie und Rechtsstaat gewährleistet. Und nur solch ein Islam würde zu einem akzeptierten Teil Deutschlands. Das bedeutet an erster Stelle, dass der Koran historisch-kritisch auszulegen ist – als „Gottes Menschenwort“, wie es der zu Lebzeiten verfolgte Islamgelehrte Abu Zaid ausgedrückt hat. Göttliche Offenbarung und menschliche Vernunft müssen in Einklang gebracht werden. Der Koran ist von seiner Wortwörtlichkeit zu lösen, und das Verhältnis zum Koran und zur Sunna ist neu zu justieren, damit man „den Geist hinter den Buchstaben finden“ kann. Die allgemeinen Prinzipien des Korans müssen im Vordergrund stehen. Wie die Menschen diese Prinzipien umsetzen, hängt vom jeweiligen Kontext ab.

Und das wiederum bedeutet: Der Islam kann heute nicht mehr den Geboten und Verboten des 7. Jahrhunderts nachhängen. Konkrete Regelungen muss jede Epoche für sich neu finden. Wie die anderen Religionen kann auch der Islam seinen Beitrag zur Aufstellung zeitgemäßer Regeln leisten, indem er die normativen Grundlagen produziert. Aber eben nicht mehr!

Wo stehen wir heute in Deutschland?

Mit den oben genannten theologischen Forderungen stehen die (wenigen) liberalen Muslime noch ziemlich alleine da. Sie werden für ihre Positionen von den konservativen Verbänden

angegriffen, die ja inzwischen von der Politik zu Ansprechpartnern erkoren wurden und die auch die Definitionsmacht über den Islam nicht hergeben wollen, wie die letzten Konflikte zwischen ihnen und liberalen Hochschullehrern gezeigt haben. Die Islamverbände haben in Gänze gerade mal 15 Prozent aller Muslime als Mitglieder, die in den Moscheevereinen organisiert sind. Aber als Dachverbände versammeln sie die bestehenden Moscheevereine unter ihrem Dach und sie bezeichnen sich als Religionsgemeinschaften. Sie sind offiziell nicht anerkannt, aber sie werden es so lange behaupten, bis die Politik ihnen auch dies zugesteht. Wenn man sich das Innenleben der islamischen Verbände genauer anschaut, dann wird deutlich, dass es eine riesige Kluft gibt zwischen dem „Folklore“-Islam, wie er der Mehrheitsgesellschaft und natürlich der Politik gern vorgeführt wird, und dem Alltag in den Moscheen in Deutschland. Die Fastenbrechen-Rituale während des Ramadan, zu denen die Politikprominenz jedes Städtchens eingeladen wird, der 3. Oktober als Tag der Moschee mit den Moscheeführungen, die Dialogveranstaltungen mit den Kirchen sind das Vorzeigegesicht der Islamverbände in Deutschland.

Eine rückwärtsgewandte Theologie, die immer noch so tut, als wären wir im 7. Jahrhundert und den Koran wortwörtlich auslegt, Koranschulen, in denen Kindern tagtäglich diese rückwärtsgewandte Theologie eingebläut wird, und die Betonung einer „islamischen Identität“, mit der Menschen eine bestimmte Lebensweise aufgenötigt wird, „weil allein das islamisch sei“ – das ist das interne Gesicht. Wer die Musik bezahlt, bestimmt, was gespielt wird: das gilt auch für die inhaltliche Ausrichtung der islamischen Verbände: Sie werden bekanntlich größtenteils aus dem Ausland finanziert und vertreten die theologische Ausrichtung der Geberländer. So setzen sie sich, auch mit Hilfe aus dem Ausland, für das Kopftuch von Lehre-

rinnen, für Befreiung vom Schwimmunterricht, Kantinen mit Halal-Gerichten (= islamgemäß), Gebetsräume an Universitäten und prächtige Moscheebauten ein und sind dabei relativ erfolgreich. So macht man Symbolpolitik: Es geht um die Sichtbarkeit des konservativen Islam.

Ich werde manchmal das Gefühl nicht los, dass diese Zurschaustellung des Glaubens Teile der deutschen Eliten durchaus freut, weil sie sich dadurch ihrer Toleranz vergewissern können. Nebenbei bemerkt: Der Glaube ist im Islam eine sehr persönliche Angelegenheit zwischen Gott und dem Menschen. Deswegen ist jede öffentliche Demonstration des Glaubens höchst unislamisch!

Zukunftsvision

Der politische Diskurs wird in den nächsten Jahren vom reformierten Islam bestimmt werden. Denn er ist mit der Demokratie und den Menschenrechten kompatibel. Zu den Grundsätzen einer aufgeklärten Gesellschaft gehört die strikte Trennung von Religion und Staat. Der reformierte Islam akzeptiert den Rechtsstaat als konstituierenden Rahmen für alle und den Glauben als Privatsache des Einzelnen. Damit ist auch die persönliche Entscheidungsfreiheit des Individuums gewährleistet. Der reformierte Islam ist nicht nur im Außen-, sondern auch im Innenverhältnis von den Werten der Aufklärung bestimmt und würde somit die Forderung erfüllen, die immer wieder an den Islam gestellt wird: eine aufgeklärte Religion zu sein!



Foto: Volker Glasow

Dr. Lale Akgün, Dipl.-Psychologin und Psychotherapeutin, war von 2002 bis 2009 Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Sie war Leiterin des NRW-Landeszentrums für Zuwanderung, Gruppenleiterin für „Internationale Angelegenheiten und Eine-Welt-Politik“ in der Staatskanzlei NRW und publiziert Artikel und Bücher zu den Themen Migration, Integration und Islam. Seit 2013 leitet Lale Akgün das von unserer Stiftung geförderte Landesprojekt „newtrade nrw“ zur nachhaltigen Beschaffung.

Islamische Dachverbände

Zurzeit gibt es in Deutschland vier islamische Dachverbände: DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion), Islamrat, VIKZ (Verein der Islamischen Kulturzentren) und ZMD (Zentralrat der Muslime). Trotz der medialen Aufmerksamkeit, die der Zentralrat der Muslime genießt, ist er der kleinste der vier Dachverbände. Diese vier haben sich 2007 zu einer Arbeitsplattform zusammengeschlossen, dem Koordinationsrat der Muslime (KRM), um gegenüber der Politik gemeinsam auftreten zu können.

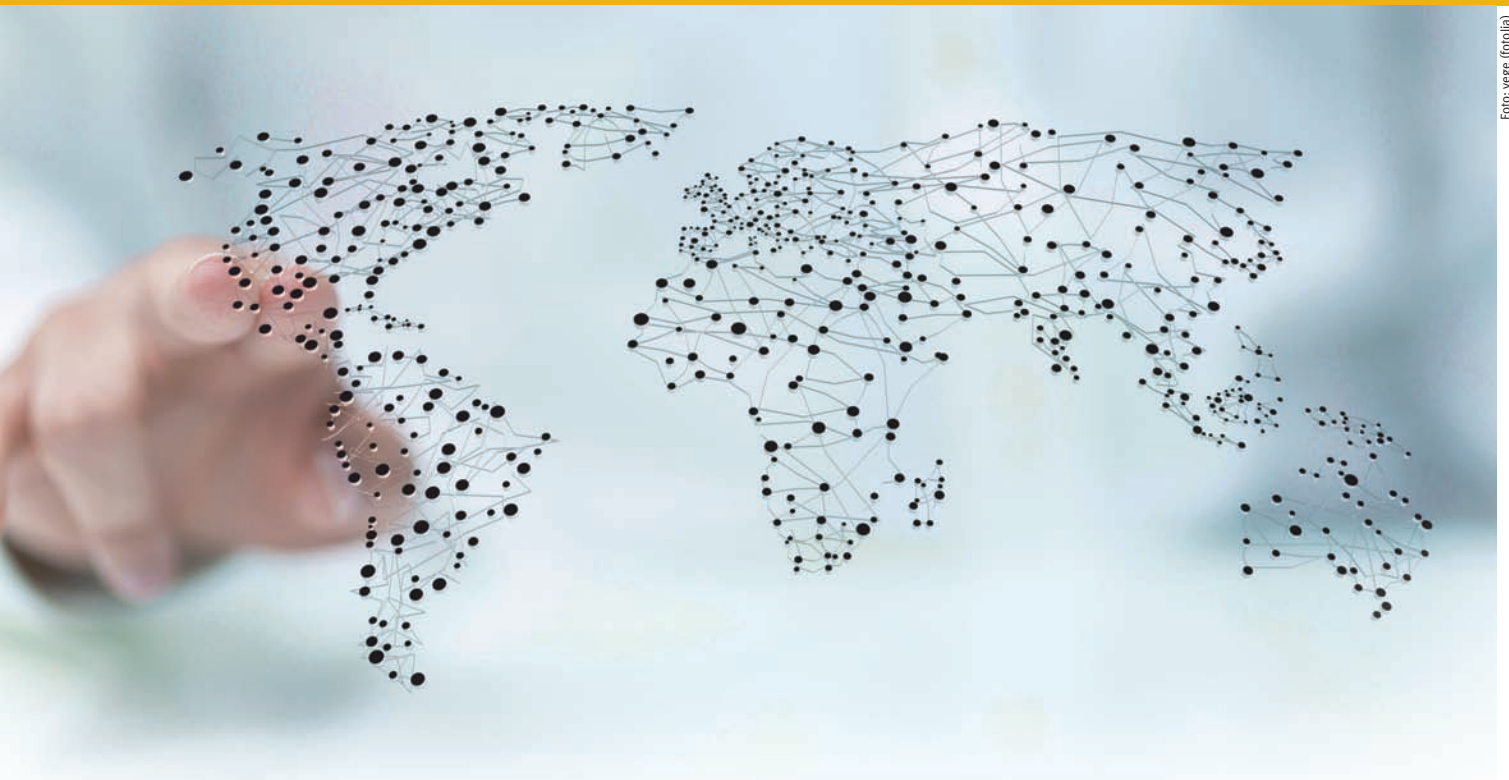


Foto: vege (fotolia)

2015: Weichenstellung für die Zukunft?

Zum Stand der Verhandlungen bei Klima-Abkommen und Nachhaltigkeitszielen Von Imme Scholz

2015 sollen zwei Verhandlungsprozesse abgeschlossen werden, die wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vornehmen: Zum einen will Ende September die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine neue globale Agenda für nachhaltige Entwicklung beschließen, mit der die Millenniumsentwicklungsziele abgelöst werden und in die universelle Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) einfließen, die seit 2014 von der Staatengemeinschaft verhandelt werden. Diese neue Agenda soll ab 2016 gelten. Zum anderen findet Anfang Dezember die Vertragsstaatenkonferenz der Klimakonvention (UNFCCC) in Paris statt. Von ihr wird erwartet, dass sie ein neues Klimaabkommen beschließt, das den Weg für einen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern freimacht und die Gefahren verringert, die mit dem Klimawandel einhergehen. Dieses Abkommen soll ab 2020 gelten.

Beide Prozesse hängen miteinander zusammen: Wenn es nicht gelingt, den Klimawandel einzudämmen, wird es auch nicht möglich sein, bisher erreichte Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zu halten und das menschliche Wohlergehen zu befördern. Die Auswirkungen einer ungebremsten globalen Erwärmung auf die Artenvielfalt, den Zustand der Meere und Gewässer und die Ernährungssicherheit wären derart gravierend, dass universelle Nachhaltigkeitsziele irrelevant würden.

Umgekehrt verdeutlichen die Nachhaltigkeitsziele in ihrer Breite, dass der Ausstieg aus fossilen Energieträgern nur ein – wenn auch zentrales – Element eines Umsteuerungsprozesses ist, der auf eine Verbesserung menschlichen Wohlergehens weltweit innerhalb der Grenzen des Erdökosystems abzielt.

Gemeinsam ist beiden Verhandlungsprozessen, dass sie auf die Verantwortung und Beiträge aller Vertragsstaaten setzen und damit anerkennen, dass die einfache Einteilung der Welt in einen reichen Norden und einen armen Süden nicht mehr zeitgemäß ist. Die Millenniumsentwicklungsziele zielten auf die Entwicklungsländer ab und waren damit aus Sicht der reichen Länder nur von entwicklungs-politischem Belang. Die neuen SDGs sind universeller Natur und verlangen nationales Handeln zur Umsetzung von allen Ländern, national wie international. Vielen Problemlagen kann allein durch nationale Politik nicht begegnet werden; dies betrifft die Handels- und Investitionspolitik genauso wie die Friedenssicherung, die Regulierung der Finanzmärkte, die Klima- und die Umweltpolitik. Durch den Zuwachs an ökonomischer und politischer Macht in den großen dynamischen Entwicklungsländern ist den alten Industrieländern klar geworden, dass Zusammenarbeit keine Einbahnstraße ist und

auch sie der Kooperation mit den Ländern des Südens bedürfen.

Auch in der Klimapolitik spiegelt sich dies wieder: Die Vertragsstaatenkonferenz hatte bereits 2013 in Warschau beschlossen, dass bis Ende März 2015 alle Staaten Angaben zu Emissionsenkungen machen, die sie ab 2020 anstreben (Intended Nationally Determined Contributions – INDCs). Noch ist unklar, wie die INDCs gleichzeitig ambitioniert sein und die unterschiedlichen sozio-ökonomischen Bedingungen in den einzelnen Ländern widerspiegeln können. Klar ist jedenfalls, dass es ein separates Abkommen für die entwickelten Länder (in Nachfolge zum Kyoto-Protokoll, das 2020 ausläuft) nicht geben wird. Das neue Abkommen wird auch die Themen Anpassung, Finanzierung, Schadensausgleich (loss & damage), Kapazitätsaufbau und Technologietransfer abdecken. Maßnahmen in diesen Bereichen können auch schon in den INDCs genannt werden.

Zum Stand der Verhandlungen

Im Februar trafen sich die Vertragsstaaten in Genf, um den Entwurfstext für das neue Klima-abkommen zu erarbeiten – das war während der Konferenz in Lima im Dezember 2014 nicht gelungen. Der Entwurf liegt nun vor, er ist 86

Grafik nach dem UN-Dokument A/69/700, 4. Dezember 2014;
Übersetzung durch die Redaktion

Seiten lang und dokumentiert, wie groß die Uneinigkeit zwischen den Verhandlungspartnern zu den einzelnen Bestandteilen des Abkommens noch ist. Sollen quantifizierte und terminierte Minderungsziele nur für die reichen Länder gelten, während sie für Entwicklungsländer freiwillig bleiben und an externe finanzielle Unterstützung gebunden werden? Sollen die Ziele alle fünf oder alle zehn Jahre überprüft und angepasst werden? Soll das Ziel sein, die globale Erwärmung auf 2°C oder 1,5°C (wie die kleinen Inselstaaten fordern) zu begrenzen? Wird das globale Budget noch zulässiger Emissionen der zentrale Bezugspunkt sein und wie wird dieses Budget verteilt? Soll es einen von der UNFCCC zentral verwalteten Markt für den Handel mit Emissionszertifikaten geben oder verschiedene Märkte für unterschiedliche Segmente bzw. dezentrale Märkte einzelner Regionen oder Staatengruppen? Wie werden die Interessen der ärmsten Länder, die für die Folgen des Klimawandels am verletzlichsten sind, berücksichtigt, und wie die Interessen der Tropenwaldländer?

Ausgangspunkt der Verhandlungen zur Post-2015-Agenda bilden die 17 Ziele und 169 Unterziele, auf die sich die Open Working Group 2014 geeinigt hat. Sie umfassen eine breite Themenpalette, die den Prioritäten und der Verantwortung armer wie reicher Länder entgegenkommen soll. Dazu gehört der Abbau von extremer Armut und Ungleichheiten; Gesundheit / Bildung / Wasser / moderne Energie für alle; Frauenrechte; Schutz der maritimen und der terrestrischen Ökosysteme; nachhaltige Städte; Wirtschaftswachstum und Rohstoffnutzung. Umstritten ist, ob VN-Experten diese Liste unter technischen Gesichtspunkten überarbeiten, um sie mit beschlossenen Zielen aus anderen Verhandlungen abzugleichen oder ob die Zielliste ausschließlich politisch verhandelt wird. Auch hier wird es nationale Umsetzungspläne geben (die manche Entwicklungsländer an finanzielle Unterstützungszahlungen durch die reichen Länder binden wollen) und einen internationalen Überprüfungsmechanismus, mit dem die Verbindlichkeit der Agenda gestärkt werden soll.

Im Juni, September und Oktober treffen sich die Vertragsstaaten der Klimakonvention in Bonn, um am Vertragsentwurf weiterzuarbeiten. Die Verhandlungen zur Post-2015-Agenda gehen im monatlichen Rhythmus in New York weiter; Ende Juli soll der gemeinsame Entwurf vorliegen.



In seinem Synthesebericht vom Dezember 2014 schlägt UN-Sekretär Ban Ki-moon vor, die SDGs unter sechs Oberbegriffen zusammenzufassen.

Was muss in Deutschland geschehen?

An Deutschland richtet sich die Erwartung, dass die Bundesregierung die G7-Präsidentschaft 2015 dafür nutzt, beide Verhandlungen durch klare Zusagen der G7-Staaten im nationalen und internationalen Bereich zu unterstützen und voranzubringen. Wichtig wären hier etwa konkrete Aussagen zum Anteil der G7 an der Klimafinanzierung ab 2020 und zum Technologietransfer für die ärmsten Entwicklungsländer oder konkrete Ziele für die nachhaltige Gestaltung von Konsum- und Produktionsmustern, die sich an den SDGs orientieren. Deutschland könnte sich bereit erklären, bereits 2016 bei den Vereinten Nationen einen nationalen Umsetzungsplan für die Post-2015-Agenda vorzulegen, der nationale Ziele enthält sowie Umsetzungsmaßnahmen in Deutschland und mit internationalen Partnern, und die G7-Staaten auffordern, ebensolches zu tun.

Ebenso wichtig ist es, Perspektiven für die Umsetzung mit den Ländern und Kommunen zu benennen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft dazu anzuregen, sich an der Post-2015-Agenda zu beteiligen. Dies sollte bereits bei der Erarbeitung des nationalen Umsetzungsplans geschehen. Eine Möglichkeit dafür ist, dies mit der Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu verknüpfen; diese steht 2015 und 2016 an. Auch die Länder, die eigene Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln bzw. überarbeiten, haben diese Option. In diesem Zusammenhang

könnten öffentliche Konsultationen stattfinden, um die Diskussion über zukünftige Ziele und Maßnahmen breiter zu verankern und die verschiedenen Akteure zu ermutigen, eigene Initiativen für eine transformative soziale Praxis zu entwickeln.

Nach 1992 haben sich zivilgesellschaftliche Akteure an vielen kommunalen Agenda-21-Prozessen beteiligt, häufig mit einer starken Orientierung auf entwicklungspolitische Fragen. Nun sind erneut lokale Initiativen gefragt, die sich der Frage stellen, was vor Ort getan werden kann, um die neue globale Agenda für nachhaltige Entwicklung umzusetzen.



Foto: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Dr. Imme Scholz promovierte im Fach Soziologie und ist seit 2009 stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE). Von 2002 bis 2006 leitete sie dort die Abteilung „Globale Umweltpolitik; Transformation und Stabilisierung“, von 2006 bis 2010 die Abteilung „Umweltpolitik und Management natürlicher Ressourcen“.



Foto: @nt (fotolia)

Auch der Glasflügler (Sesiidae) ist vom Aussterben bedroht und auf der Roten Liste NRW.

Nachhaltige Modernisierung

Strategieprozesse in NRW

Die rot-grüne Landesregierung hat sich bei den Themen Nachhaltigkeit, Natur- und Umweltschutz sowie Klimaschutz viel vorgenommen – und lässt den Buchstaben des Koalitionsvertrages auch Taten folgen. Für die Umsetzung des 2013 verabschiedeten Klimaschutzgesetzes wird derzeit, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft, ein Klimafahrplan erarbeitet. Noch im Verlauf dieses Jahres soll ein Strategieentwurf vorgelegt werden, mit dessen Hilfe Bildung für nachhaltige Entwicklung (BnE) „auf Landesebene und in den örtlichen und regionalen Bildungseinrichtungen, Bildungsnetzwerken und Bildungslandschaften den ihr gebührenden Stellenwert erhält“. Über beide Themen werden wir in späteren Ausgaben der „Resultate“ ausführlich berichten.

Nachhaltigkeitsstrategie

Nachhaltige Entwicklung ist ein dezidiertes Leitbild der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Ziel ist es, die Grundlagen des gesellschaftlichen Wohlstands und Wohlergehens

für die Menschen so zu bewahren und zu entwickeln, dass damit auch den nachfolgenden Generationen ein intaktes soziales, ökonomisches und ökologisches System hinterlassen wird. Dafür wurden folgende zentrale Themenfelder und Herausforderungen identifiziert:

- Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Rohstoffe,
- sichere, saubere, effiziente und wirtschaftliche Energieversorgung,
- Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln aus nachhaltiger Produktion,
- Erhaltung der biologischen Vielfalt und nachhaltige Waldwirtschaft,
- leistungsfähige, umweltschonende, energieeffiziente und sichere Mobilität,
- Gesundheit und Wohlergehen im demografischen Wandel,
- Sicherheit, Teilhabe, Geschlechtergerechtigkeit und sozialer Zusammenhalt im gesellschaftlichen Wandel,
- Bereitstellung der besten Bildung für alle,
- tragfähige öffentliche Finanzen.

Im Juni 2014 hat die Landesregierung das Papier „Auf dem Weg zu einer Nachhaltigkeitsstrategie für Nordrhein-Westfalen“ beschlossen. Zusammenfassend heißt es dort, es liege „im existenziellen Interesse Nordrhein-Westfalens, einen Beitrag dazu zu leisten, die Welt gerechter, friedlicher, ökologischer, wirtschaftlich zukunftsfähiger und nachhaltig zu gestalten. (...) Vor dem Hintergrund sich zuspitzender globaler Umweltrisiken, einer noch nicht überwundenen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und wachsenden sozialen Disparitäten wollen wir in Nordrhein-Westfalen einen substanziellen Beitrag zur Transformation leisten und unsere Lebens- und Wirtschaftsweise nachhaltig umgestalten“.

Wie das funktionieren soll, darüber diskutierten im Rahmen der dritten NRW-Nachhaltigkeitstagung am 17. November 2014 in Mülheim/Ruhr rund 400 Akteure aus Landespolitik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Kommunen und Wissenschaft. Nach der Eröffnungsrede von Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbrau-

cherschutz des Landes NRW, und einer Podiumsdiskussion zum Thema „Corporate Social Responsibility und Gute und faire Arbeit“ brachten mehr als 20 Beteiligte, darunter der Städte- und Gemeindebund NRW, der Städte- und Gemeindebund NRW, Germanwatch, der Verein Deutscher Ingenieure, der BUND und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), ihre Anregungen zum Strategiepapier ein.

Die Diskussionen verliefen durchaus kontrovers. So kritisierte der Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, dass es sich nach dem Eindruck der kommunalen Spitzenverbände bei dem Strategiepapier bisher nur um eine Zusammenfassung von bestehenden Initiativen und Vorgaben der einzelnen Ressorts handele, die zusammenhanglos nebeneinander stünden. Notwendig sei dagegen ein ressortübergreifender und integrierender Prozess, der gegenläufige Ansätze und Ziele der einzelnen Ressorts auflöse, Prioritäten setze und zu einer kohärenten Gesamtstrategie führe.

Nach Ansicht des Fachforums Nachhaltigkeit, eines Zusammenschlusses von gut 20 zivilgesellschaftlichen Institutionen in NRW, geht aus dem Strategiepapier „nur in unzureichendem Maße hervor, welche Zukunft für NRW angestrebt wird und was eine nachhaltige Entwicklung für NRW bedeutet“. Das Papier nehme keinen Bezug auf existierende Konzepte, wie etwa den Brundtland-Report oder die Definition des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU), und lasse daher „vielfältige, unter Umständen widersprüchliche Interpretationen zu“. Auch müsse nachhaltige Entwicklung nicht als zusätzlicher Prozess, sondern als übergeordnete Leitlinie verstanden

werden, die für alle Politikfelder einen Handlungsrahmen definiere.

Die Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wird auch durch das „Team Nachhaltigkeit“ unterstützt, bei dem, unter Federführung des Wuppertal Instituts, zentrale Akteure aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft ihr jeweiliges Fachwissen einbringen.

Die Diskussionen in diesen und ähnlichen Gremien, bei Konferenzen und die Anregungen aus einer Online-Konsultation bilden die Grundlage für den Entwurf einer Nachhaltigkeitsstrategie, der dann vor der endgültigen politischen Beschlussfassung nochmals öffentlich diskutiert werden soll. Ein wichtiger Bestandteil dieses Konsultationsprozesses wird die 4. NRW-Nachhaltigkeitstagung am 28. Oktober 2015 im Düsseldorfer Landtag sein.

Biodiversitätsstrategie

In Nordrhein-Westfalen wurden mehr als 43.000 verschiedene Tier-, Pilz- und Pflanzenarten in zwei großen, unterschiedlichen Naturräumen identifiziert: dem atlantisch geprägten Tiefland und dem kontinental geprägten Bergland. Doch diese Vielfalt ist in Gefahr: Etwa 45 Prozent der untersuchten Tier- und Pflanzenarten sind gefährdet, vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben. Nach der aktuellen „Roten Liste NRW“ stehen Schmetterlinge (rund 55 Prozent), Moose (60 Prozent), Kriechtiere (etwa 71 Prozent) sowie Vögel und Wildbienen/Wespen (jeweils rund 52 Prozent) besonders unter Druck.

Deshalb ist es gut, dass die Landesregierung am 20. Januar 2015, nach einer Verbän-

deanhörung, die nordrhein-westfälische Biodiversitätsstrategie verabschiedet hat. Diese Strategie beschreibt den aktuellen Zustand der Natur- und Landschaftsräume in NRW und nennt rund 150 Ziele und Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren. Dazu gehören die Novellierung des Landschaftsgesetzes hin zu einem Landesnaturschutzgesetz, die Ausweisung eines zweiten Nationalparks in Nordrhein-Westfalen, Schutzprogramme für besonders gefährdete Arten wie Äschen, Wiesenvögel und Wildkatze und die Förderung der Umweltbildung auf allen Ebenen.

Die nordrhein-westfälischen Naturschutzverbände BUND, LNU und NABU haben die Strategie als ein „positives Signal für mehr Artenschutz“ begrüßt. Um die „Biodiversitätsstrategie mit der nötigen Schlagkraft auszustatten“, fordern die Verbände „einen verbindlichen Umsetzungsfahrplan, Sofortmaßnahmen für besonders gefährdete Arten, eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Strategie und ausreichende Personal- und Finanzmittel für die Naturschutzverwaltung“. Vor allem für die Agrarlandschaft seien wirksame Sofortmaßnahmen – wie etwa die Ausweisung und Überwachung weiterer Schutzgebiete – unerlässlich, solle der Rückgang hochgradig gefährdeter und vom Aussterben bedrohter Arten wie Grauammer, Feldhamster und Knoblauchkröte gestoppt werden.

➔ Weitere Informationen unter www.nachhaltigkeit.nrw.de und www.umwelt.nrw.de

Weniger nachhaltig: Braunkohle-Tagebau im nördlichen Rheinischen Braunkohlerevier (Garzweiler)



Viele Wege, ein Ziel

Kommunaler Klimaschutz in NRW



Bioenergiepark (BEP) Saerbeck

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat 2013 ein Klimaschutzgesetz verabschiedet und erarbeitet derzeit – unter Beteiligung vieler gesellschaftlicher Gruppen – einen Klimaschutzplan, mit dessen Hilfe die ambitionierten Ziele erreicht werden sollen. Bereits 2008 hatte die damalige Landesregierung den Wettbewerb „Klima plus“ für Kommunen des ländlich geprägten Raums ausgerufen. Sieger waren die Gemeinden Saerbeck und Bocholt, deren Klimaschutzmaßnahmen ab 2010 mit 1,1 beziehungsweise 2,2 Millionen Euro aus „Klima plus“-Mitteln gefördert wurden.

Der Wettbewerb hat jedoch auch über die Siegerkommunen hinaus Impulse gegeben. So wurde ein „Netzwerk der Klimakommunen“ gegründet, aus dem die „Plattform KLIMA“ hervorgegangen ist. Sie berät Kommunen in NRW kostenlos bei Klimaschutzkonzepten und Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung und stellt auf der Internetseite www.plattform-klima.de aktuelle Informationen zum kommunalen Klimaschutz zur Verfügung.

Saerbeck: Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe

Saerbeck, eine 7.200-Einwohner-Gemeinde im nördlichen Münsterland, hat ein Integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept (IKKK) mit insgesamt 150 Einzelmaßnahmen

in sieben Handlungsfeldern definiert. Bis zum Jahr 2030 soll die eigene Energieversorgung komplett auf regenerativen Quellen beruhen. Dazu wird vor allem der Bioenergiepark (BEP) Saerbeck auf dem rund 90 Hektar großen Gelände eines ehemaligen Munitionsdepots der Bundeswehr beitragen. Photovoltaik-, Windenergie- und Biogasanlagen verfügen über eine elektrische Leistung von 29 Megawatt und sorgen dafür, dass schon heute die Menge der regenerativ erzeugten Energie den gesamten Stromverbrauch des Ortes übertrifft. Seit 2012 liegt die Stromverteilung in den Händen der Saerbecker Ver- und Entsorgungsgesellschaft – eines kommunalen Unternehmens, an dem die Gemeinde mit 60 Prozent beteiligt ist. Für Bürgermeister Wilfried Roos war das ein „wichtiger Schritt in die Richtung einer weiteren Selbstbestimmung der Gemeinde in Sachen Energieversorgung“. Doch auch die Bewohner von Saerbeck ziehen mit und haben auf den Dächern ihrer Häuser mehr als 400 Photovoltaikanlagen mit einer maximalen Leistung von knapp zehn Megawatt installiert.

Die Bewohner identifizieren sich in hohem Maße mit den Klimaschutzzielen. Viele Bürger engagieren sich im Förderverein Klimakommune Saerbeck. Die Bürgergenossenschaft „Energie für Saerbeck“ investierte in die Photovoltaik-Anlage im Bioenergiepark, eine Biogasanlage wird durch Landwirte aus der Re-

gion betrieben. Insgesamt 70 Millionen Euro flossen in den Ausbau des Bioenergieparks, unter anderem durch die gemeindeeigene Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Derzeit wird im BEP ein außerschulischer Lernstandort eingerichtet. Unsere Stiftung fördert die Ausstattung und die Entwicklung von Lernmodulen mit rund 115.000 Euro. Mehr dazu im Infokasten „Saerbecker Energiewelten“.

Seit 2010 beliefert die mitten im Ort gelegene Gläserne Heizzentrale über eine Holzpellet-Heizungsanlage Gebäude im Umkreis mit regenerativ erzeugter Wärme. Die Zentrale dient zugleich als Informations-Schaufenster der Klimakommune Saerbeck. Hier beginnt auch der Energie-Erlebnispfad, der an zehn Stationen im Ortskern ausgewählte Aspekte der Erzeugung und des Verbrauchs von Energie beleuchtet. Ohnehin wird Bildungs- und Informationsarbeit in Saerstedt groß geschrieben: Schulen und Kindergärten im Dorf beteiligen sich mit konkreten Projekten am Weg in eine klimafreundliche Zukunft, unter anderem mit einer Smartphone-App zum Energieerlebnispfad. Ein Fachbereich der FH Münster forscht in einem Labor auf dem Gelände des BEP zum Thema Biogas.

Bocholt: drei Säulen

Bocholt möchte bis zum Jahr 2020 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent reduzieren und den Stromanteil aus Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent erhöhen. Der Anteil erneuerbarer Energien an der gesamten Stromproduktion soll bis 2030 auf bis zu 30 Prozent erhöht werden. Dafür setzt Bocholt vor allem auf drei Handlungsfelder: Energieeffizienz und -einsparung, umweltfreundliche Mobilität und Maßnahmen für einen lebenswerten Stadtraum.

Schnellradweg in Bocholt an der Klaraschule



Foto: Stadt Bocholt



Foto: Lutz Hoyes

Dachbegrünung in Bocholt

Letztere umfassen Initiativen zur Dach- und Fassadenbegrünung oder die Pflanzung von Wallhecken, mit denen die Stadt den privaten und öffentlichen Gebäudebestand bei Klimafolgen, wie Starkregenereignissen und Stürmen, schützen will. Für die Anlage extensiver Gründächer – das sind Dächer, die mit einer Vegetation bewachsen sind, die weder intensive Pflege noch künstliche Bewässerung benötigt – gibt die Stadt einen Zuschuss von maximal 50 Prozent der Investitionskosten.

Im Stadtteil Fildeken wurde, in Kooperation mit dem Bürgerverein „Blühendes Fildeken“, ein Altbau in Privatbesitz zu einem modernen und energieeffizienten Gebäude saniert. An drei Terminen stand die Baustelle interessierten Besuchern offen, die sich zudem im „Online-Bautagebuch“ der Besitzer über den Gang der Sanierungsarbeiten informieren konnten. Wer es der Familie Büning gleich tun und künftig bis zu 80 Prozent weniger für Wohnenergie zahlen möchte, kann sich über das kommunale Förderprogramm „Altbau Optimal“ unterstützen lassen.

Radfahren hat in Bocholt traditionell einen hohen Stellenwert, mehr als 30 Prozent ihrer täglichen Wege absolvieren die Bocholter auf dem Rad. Um diesem klimafreundlichen Verkehrsmittel noch mehr Vorfahrt einzuräumen, hat die Stadt zwei Schnellradwege angelegt sowie einen zentralen Radweg ausgebaut. Schnellradwege verlaufen abseits der Hauptverkehrsstraßen und gewähren dem Radverkehr an zahlreichen Kreuzungen Vorfahrt. Eine Evaluierung durch das Büro für Verkehrsplanung ergab, dass die Schnellradwege sehr gut ankommen: 91 Prozent der Befragten bewerten die Wege als gut oder sehr gut, und mehr als 80 Prozent wünschen sich weitere Schnellradverbindungen für Bocholt.

Köln spart CO₂

Jenseits umfassender Konzepte bemühen sich viele Kommunen in NRW um nachhaltige Klimaschutzmaßnahmen. So hat die von unserer Stiftung mit rund 61.000 Euro geförderte Klimaschutzkampagne „Köln spart CO₂“ des Vereins

„KölnAgenda“ dazu geführt, dass Kölner Bürgerinnen und Bürger durch geändertes Alltagsverhalten innerhalb von zehn Monaten mehr als 500.000 kg CO₂ eingespart haben. Vor allem das interaktive Beteiligungsmodul unter www.koeln-spart-CO2.de überzeugte die landeseigene KlimaExpo.NRW derart, dass sie die Kölner Kampagne in die Liste der landesweiten Vorreiterprojekte zum Klimaschutz aufgenommen hat.

Neue Bäume braucht das Land

In Düsseldorf zieht die Stadt bei der Wiederaufforstung die Konsequenzen aus den verheerenden Folgen des Sturmes „Ela“, der am Pfingstmontag 2014 eine Schneise der Verwüstung durch mehrere Städte in Nordrhein-Westfalen gezogen hatte. Silke Thyssen, Leiterin des städtischen Projektbüros „Neue Bäume für Düsseldorf“, betont, dass nicht einfach jeder zerstörte Baum eins zu eins ersetzt werden könne: „Die Standorte müssen kritisch hinterfragt werden – ist diese Baumart an diesem Standort richtig gewählt?“ Düsseldorf setzt dabei vor allem auf stadtklimataugliche Baumarten wie Linde, Eiche oder Hainbuche.

Der NABU-Landesvorsitzende Josef Tumbrinck geht davon aus, dass mit Extremwetterereignissen zukünftig häufiger zu rechnen sei, und fordert langfristige Anpassungsstrategien. Insgesamt stehen für die 30 Kommunen in NRW, die sich am Programm „Bürgerbäume“ beteiligen, 1,8 Millionen Euro zur Verfügung – 900.000 aus privaten Spenden und 900.000 aus Mitteln des Landesumweltministeriums.

➔ Weitere Informationen unter www.umwelt.nrw.de, www.koelnagenda.de und www.neuebaeumefuerduesseldorf.de

„Saerbecker Energiewelten – Lernstandort Bioenergiepark“

Der Bioenergiepark Saerbeek wird um einen außerschulischen Lernstandort erweitert, als Anlaufstelle für Schulklassen, die sich praktisch mit den Themen Energie und Klima beschäftigen wollen. Dafür wird ein Teil der vorhandenen Büro- und Seminarräume renoviert und mit Möbeln und Technik ausgestattet, außerdem werden Lernmaterialien angeschafft. Zweiter Projektschwerpunkt ist die Entwicklung eines Bildungskonzeptes. Dazu werden Lernmodule entwickelt, die folgende Themenkomplexe beinhalten: Klimawandel, Klimaschutz und Klimaanpassung, erneuerbare Energien und Energiewende, Naturschutz und Artenvielfalt, klimaverträglicher Konsum und nachhaltige Landwirtschaft. Die Entwicklung der Lernmodule wird durch die Bezirksregierung Münster unterstützt: Sie hat dafür mehrere Lehrer für einige Stunden pro Woche freigestellt.

Da die Nachfrage von Schulklassen sehr groß ist, wird der Lernstandort schon im Frühjahr provisorisch seine Arbeit aufnehmen. Nach den Sommerferien beginnt dann der reguläre Betrieb. Träger der „Energiewelten“ ist der Förderverein Klimakommune Saerbeek, unsere Stiftung unterstützt das Projekt mit rund 115.000 Euro. Weitere Informationen unter www.klimakommune-saerbeek.de

Es müssen nicht immer Zehntausende sein

Kleinprojektförderung der Stiftung

Kleinprojekte sind für uns Projekte, deren Gesamt-Kostenvolumen 10.000 Euro nicht überschreitet und deren Förderung durch uns maximal 5.000 Euro beträgt. Für solche Kleinprojekte bietet unsere Stiftung ein vereinfachtes Förderverfahren an. Eine genaue Beschreibung finden Sie in den „Erläuterungen zur Antragstellung für Kleinprojekte“ auf unserer Website www.sue-nrw.de unter Förderung/Antragstellung.

Selbstverständlich gelten für die Förderung solcher Projekte die wesentlichen Voraussetzungen genauso wie für größere Projekte: Der Projektträger muss eine rechtsfähige und als gemeinnützig anerkannte Nichtregierungsorganisation sein. Die Projektziele müssen unseren Förderzwecken entsprechen. Und das Projekt muss sich an Menschen in Nordrhein-Westfalen richten.

Wenn wir Ihr Projekt fördern sollen, brauchen wir ein paar Informationen und Dokumente zu Ihrer Organisation. Auf unserer Website finden Sie unter Förderung/Downloads unser Stammdaten-Formular, mit dem wir Grunddaten abfragen. Das Formular muss uns im Original zurückgeschickt werden. Es muss so unterzeichnet sein, wie es Ihre Satzung für die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung Ihrer Organisation vorsieht. Außerdem benötigen wir Kopien Ihrer Satzung und Ihres Freistellungsbescheids vom Finanzamt.

Im Förderantrag müssen Sie dann Ihr Projektkonzept beschreiben. Bitte folgen Sie dabei folgender Gliederung: 1. Kopfdaten, 2. (übergeordnete) Ziele, 3. Zielgruppen, 4. Aktivitäten, 5. Erwartete Ergebnisse und Wirkungen und ggf. 6. Perspektiven.

Zum Antrag gehört auch der Finanzplan Ihres Projekts. Er besteht aus 1. einem detaillierten Kostenplan mit allen erwarteten Kostenpositionen, 2. dem Finanzierungsplan (Eigenmittel, andere Förderungen, ehrenamtliche Arbeit, der bei uns beantragte Förderbetrag) sowie 3. dem gewünschten Auszahlungsplan für unsere Fördermittel.

Nach dem Projektabschluss benötigen wir einen Endverwendungsnachweis. Er besteht aus einem Sachbericht und der Projektabrechnung. Im Sachbericht schildern Sie den Projektverlauf, Ihre Erfahrungen und die Ergebnisse und Wirkungen. In der Projektabrechnung müssen Sie alle Kosten mit Belegen (Rechnungen etc.) und Zahlungsnachweisen (Kontoauszüge, Quittungen) nachweisen. Die einzelnen Kostenpositionen müssen in einer Belegliste verzeichnet werden. Unsere Stiftung prüft die Verwendungsnachweise. Zehn Prozent der Fördersumme können erst ausgezahlt werden, wenn diese Prüfung abgeschlossen ist und Kosten im geplanten Umfang nachgewiesen sind. Bei Projekten, die länger als ein Jahr dauern, müssen Sie auch einen oder mehrere Zwischenverwendungsnachweise erstellen. Weitere Erläuterungen zu den Verwendungsnachweisen finden Sie auf unserer Website unter Förderung/Verwendungsnachweise.

Ihr Förderantrag muss uns mindestens zwei Monate vor Projektbeginn vorliegen, besser aber drei Monate vorher. Für weitere Auskünfte zur Kleinprojektförderung stehen wir Ihnen telefonisch oder per Mail gerne zur Verfügung.



Klima-Wandelt

Plakatversion und Arbeitsmaterialien

Nachdem sich viele Interessenten bei uns gemeldet haben, lassen wir jetzt eine Plakatversion unserer Ausstellung Klima-Wandelt produzieren. Sie umfasst 16 farbige Plakate im DIN-A1-Format. Einen optischen Eindruck der Plakate erhalten Sie auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de unter der Rubrik Service. Das Plakatset kann ab sofort bestellt werden, für Schutzgebühr und Versandkosten berechnen wir 20 Euro.

Chinas Rohstoffhunger

Neue Broschüre der Stiftung Asienhaus

Chinas Bedeutung für eine globale Nachhaltigkeitspolitik wächst stetig. Die europäische Zivilgesellschaft nimmt davon allerdings wenig Notiz. Darauf reagiert das von unserer Stiftung mit rund 100.000 Euro geförderte Projekt „Stärkung zivilgesellschaftlicher Kompetenz zu China“ der Stiftung Asienhaus. Es soll dazu beitragen, die Arbeit von entwicklungs- und umweltpolitischen Organisationen zu stärken und sozial-ökologisch ausgerichtete China-Partnerschaften aufzubauen.

Im Rahmen des Projektes entstand die Broschüre „Chinas Rohstoffhunger. Perspektiven der Zivilgesellschaft“. Sie informiert über Chinas Rohstoffpolitik und seine Investitionen im Rohstoffsektor, die nicht nur Auswirkungen in Asien, sondern auch in Afrika, Lateinamerika und nicht zuletzt in Europa haben.

→ Bestellung und Download unter www.asienhaus.de



Ein weiteres neues Angebot zu Klima-Wandelt sind Arbeitsblätter für den Einsatz im Bildungsbereich. Eine Lehrerin der Düsseldorfer Freiherr-vom-Stein-Realschule hat sie entwickelt, als Klima-Wandelt in Düsseldorf gezeigt wurde. Freundlicherweise dürfen wir die Materialien weiteren Ausstellern zur Verfügung stellen.

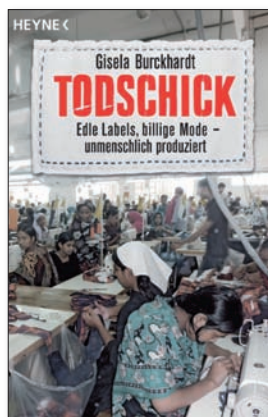
→ Plakatset und Arbeitsblätter (PDF) können Sie per Mail an christel.schwiederski@sue-nrw.de bei uns bestellen.

Lesen!

Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg Neuaufgabe des Standardwerks

Auch wenn die Bezeichnung Weltkrieg etwas anderes signalisiert: In der hiesigen Forschung und öffentlichen Diskussion scheint der Zweite Weltkrieg nur die europäischen Staaten, die Sowjetunion, die USA und Japan zu betreffen. Die Leiden der Zivilbevölkerung in Asien, Afrika und Lateinamerika und die Situation der oft zwangsrekrutierten Kolonialsoldaten werden selten thematisiert. Eine Ausnahme bilden der Kölner Verein Recherche International und das von ihm getragene Rheinische JournalistInnenbüro (das sich 2011 auflöste). Nach zehnjährigen Recherchen in 30 Ländern veröffentlichten

sie 2005 das erste deutschsprachige Buch zum Thema: „Unsere Opfer zählen nicht. Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“. Eine gut lesbare und mit vielen Fotos illustrierte Publikation, die inzwischen zum Standardwerk wurde und die unsere Stiftung sehr gerne gefördert hat. Nachdem auch die vierte Auflage vergriffen war, hat jetzt die Bundeszentrale für politische Bildung eine Paperback-Ausgabe veröffentlicht (Bestellnr. 1492). Wer sich für Politik und Geschichte interessiert, sollte sich die Chance nicht entgehen lassen, ein wichtiges Buch zu einem kleinen Preis zu erwerben.



Teuer ist nicht gleich fair

„Todscheck“: Gisela Burckhardts neues Buch zur Bekleidungsindustrie in Bangladesch

Vor knapp zwei Jahren, am 24. April 2013, stürzte in Bangladesch das Rana-Plaza-Gebäude ein. Mit mehr als 1100 Toten und über 1500 zum Teil schwerverletzten Menschen war es das schlimmste Unglück in der Textilindustrie des Landes. Die Vernachlässigung von Sicherheitsstandards und die unmenschlichen Arbeitsbedingungen generell wurden bei uns zum Thema zahlreicher Artikel und Talkrunden. Für viele Verbraucher war dies ein Anlass, das eigene Verhalten zu ändern: Keine Kleidung in Discountern kaufen, sondern lieber weniger, aber dafür von einer guten Marke. Leider geht die Rechnung nicht immer auf. Zu diesem Ergebnis kommt Gisela Burckhardt in ihrem neuen Buch „Todscheck“.

Die Vorstandsvorsitzende der Frauenrechtsvereinigung FEMNET engagiert sich seit langem in der Kampagne für Saubere Kleidung. Nach der Rana-Plaza-Katastrophe wollte sie herausfinden, ob es bei der Herstellung von teuren Marken tatsächlich besser zugeht. Zwei Recherchereisen nach Bangladesch und die Untersuchungen einer dortigen Nichtregierungsorganisation führten zu dem ernüchternden Fazit: „Premiumlabel und Billigmarken lassen in den gleichen Fabriken produzieren – zu den gleichen unmenschlichen Bedingungen.“ Und in mancher Hinsicht verhält sich H&M fairer und nachhaltiger als Hugo Boss.

Die Vergleiche zwischen Nobel- und Billigmarken bilden den Schwerpunkt von „Todscheck“. Gisela Burckhardt informiert jedoch auch umfassend über die Textilproduktion in Bangladesch. Dabei kommen viele Näherinnen zu Wort, die ihre Arbeits- und Lebenssituation schildern. Ein weiteres Kapitel widmet sich den nationalen und internationalen Reaktionen von Politik und Wirtschaft auf die Rana-Plaza-Katastrophe. Interessant ist auch der Blick auf die Auditierung von mehr oder weniger seriösen Qualitätssiegeln, an der Prüfgesellschaften viel Geld verdienen, darunter auch der deutsche TÜV. Auf welche Textilsiegel Verlass ist und wie sich der Kleiderkauf fairer und nachhaltiger gestalten lässt, beschreibt Gisela Burckhardt am Schluss des im Heyne-Verlag erschienenen Bandes. Mit „Todscheck“ ist ihr ein Buch gelungen, das für Neueinsteiger gut zu lesen ist, sich mit seinen detaillierten Informationen und zahlreichen Literaturhinweisen aber auch für alle eignet, die sich schon länger mit der Thematik befassen.

Gut leben global

Neuer Report des Global Policy Forum

Im September 2015 wollen die Vereinten Nationen die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung beschließen. Ein zentrales Element sind die Ziele für nachhaltige Entwicklung, die Sustainable Development Goals (SDGs). Sie sollen universelle Gültigkeit besitzen und sind damit auch für Deutschland relevant. Eine wesentliche Frage lautet in diesem Zusammenhang, mit welchen Indikatoren Armut, Wohlstand und Entwicklung – und damit auch die Umsetzung der SDGs – gemessen werden sollen.

Hintergrundinformationen und Denkanstöße zu diesen Diskussionen liefert der im Februar erschienene Report „Gut leben global – Neue Ansätze der Wohlmessung und SDGs für Deutschland“. Herausgeber sind das Global Policy Forum und terre des hommes. Im ersten Teil stellt der Bericht, ausgehend von der Kritik am Bruttoinlandsprodukt, das breite Spektrum alternativer Ansätze der Wohlmessung und Armutsmessung vor. Der zweite Teil widmet sich der Diskussion über die SDGs. Unter anderem werden Elemente eines möglichen Sets von Nachhaltigkeitszielen für Deutschland skizziert. Der Report entstand im Rahmen des von unserer Stiftung mit rund 73.000 Euro geförderten Projekts „Zukunftsgerechtigkeit Post-2015“.

➔ Download und Bestellung der Broschüre unter www.globalpolicy.org



Von „destruktiven Autonomen“ zu anerkannten Partnern

Das Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung in Hamm



Eröffnung des Weltladens 1998 mit Pfarrer Jochen Weisheit (2. v. l.)

Das 1998 gegründete Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung (FUGe) ist ein Netzwerk von 50 Umwelt- und Eine-Welt-Gruppen sowie Einzelpersonen aus Hamm und der Hellwegregion. FUGe bündelt deren Aktivitäten und wirbt in der Öffentlichkeit für die gemeinsamen Anliegen. Das Forum sieht sich dem Konsultationsprozess zwischen Bürgerschaft, Wirtschaft und Politik verpflichtet, den die Vereinten Nationen 1992 auf dem Weltgipfel in Rio de Janeiro angestoßen haben.

Hamm war 1992 für zehn Jahre vom Land NRW zur „Ökologischen Stadt der Zukunft“ gekürt worden. Die damit verbundenen finanziellen Zuwendungen ermöglichten eine Vielzahl umweltrelevanter Projekte, wie etwa die Umgestaltung von Spielflächen und Schulhöfen oder ein Öko-Audit von lokalen Unternehmen. Die Stadt schloss sich 1994 mit einem Ratsbeschluss offiziell der „Agenda 21“ an, um auf der lokalen Ebene der globalen und sozialen Gerechtigkeit sowie dem Umweltschutz durch nachhaltige Entwicklung zum Durchbruch zu verhelfen. Doch die vom Stadtrat ins

Leben gerufenen Arbeitsgruppen zur lokalen Agenda lösten sich nach kurzer Zeit auf. Jetzt ergriffen engagierte Bürger die Initiative: Mehrere Akteure aus dem Nord-Süd-Forum gründeten – auf Vorschlag des Pfarrers Jochen Weisheit – den Verein Forum für Umwelt und gerechte Entwicklung. Dazu stießen Menschen aus dem Arbeitskreis Ökologisch Konsequenter Handeln (AKÖKH) – ein Zusammenschluss von Kleinunternehmen und Umweltinitiativen, der 1994 den Hammer Umwelttag ins Leben gerufen hatte.

Gut vernetzt

Zentrum und Anlaufstelle von FUGe war und ist der Weltladen in unmittelbarer Nähe des Marktplatzes von Hamm. Dort sitzt auch der Regionalpromotor für entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der Hellwegregion, Marcos A. da Costa Melo, aus dem Promotorenprogramm der Landesregierung. Für da Costa Melo hat FUGe vor allem das Potenzial, „kleinere, schwach organisierte Einzelgruppen bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten zu unterstützen. Wir sind mittlerweile eine Art Consulting-Initiative für die Zivilgesellschaft.“ Zu den erfolgreichen FUGe-Projekten der letzten Jahre zählen das Wandmalprojekt „mural global“, die Kaffeekampagne „Der Pott kocht fair“, Mercado Forestal – eine Erlebnisausstellung zum Regenwald – sowie Ausstellungen, Vorträge und Schulprojekttage rund ums Wasser unter dem Titel „Wasserwelten“.



Mercado Forestal 2004

Kompetent und anerkannt

Im Rahmen des kürzlich beendeten, von unserer Stiftung geförderten FUGe-Projektes „Nachhaltige und klimafreundliche Mobilität in Hamm“ wurden die Einwohner Hamms mit einer Vielzahl von Informationsveranstaltungen und Materialien dazu animiert, ihr Mobilitätsverhalten und ihre Verkehrsmittelwahl unter gesundheitlichen und ökologischen Gesichtspunkten kritisch zu hinterfragen.

Marcos A. da Costa Melo beschreibt den Imagewandel, den FUGe durchlaufen hat: „Vor fünf Jahren hat man uns noch vorgeworfen, destruktive Autonome zu sein. Heute sehen die Verantwortlichen in der Kommunalpolitik, dass wir Dinge konstruktiv vorantreiben und auch umsetzen können.“ Dazu hätten nicht zuletzt Projekte wie das zur nachhaltigen Mobilität beigetragen. Und Claudia Kasten, die das Mobilitätsprojekt koordiniert hat, ist sich sicher: „Zu Themen wie Umweltschutz, Klimaschutz oder Fairer Handel gilt FUGe bei Politik und Verwaltung mittlerweile als anerkannte Stimme der Zivilgesellschaft.“



Frühlingsfest 2013

➔ Weitere Informationen unter www.fuge-hamm.de

Unsere Stiftung hat mehrere FUGe-Projekte seit 2004 mit einer Gesamtsumme von rund 290.000 Euro gefördert.

Umgeblättert

Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften



Wem gehört das Meer?

„Wenngleich die Weltmeere und der Meeresgrund nicht als Teile staatlicher Territorien, sondern als Gemeingut definiert sind, spitzt sich der Kampf um Nutzungsrechte an marinen Ressourcen zu.“ So heißt es im Editorial der Januar/Februar-Ausgabe der Zeitschrift **iz3w** („Informationszentrum 3. welt“). Im Fokus des Heftes steht der „blaue Kontinent“, der rund 60 Prozent der Erdoberfläche einnimmt und im Leben und Wirtschaften der Menschen eine wesentliche Rolle spielt. Die Ausbeutung seiner Ressourcen – von Fischen und Shrimps bis zu Öl und Gas – und die Folgen für Menschen und Umwelt werden in mehreren Artikeln behandelt. Ein Beitrag widmet sich der Verschmutzung der Meere durch Ölunfälle, Schadstoffverklappung, Plastikmüll und durch die „ganz normale“ Schifffahrt. Weitere Artikel thematisieren den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Versauerung der Ozeane oder die Arbeitsbedingungen von Seeleuten. Insgesamt ein Schwerpunkt mit vielfältigen Perspektiven und zahlreichen interessanten Fakten und Einschätzungen.

Die **iz3w** ist eine der ältesten unabhängigen Zeitschriften zu Nord-Süd-Themen im deutschsprachigen Raum. Sie wurde 1970 in Freiburg gegründet und erscheint alle zwei Monate, Herausgeber ist der Verein Aktion Dritte Welt. Schwerpunkte der nächsten **iz3w**-Ausgaben sind „Folter und staatliche Gewalt“ und „Gesellschaftskritik im Film“.

→ Weitere Informationen unter www.iz3w.org



Fluchtpunkt Europa

„Fluchtpunkt Europa – Die Hoffnung auf ein besseres Leben und die Angst vor dem Fremden“ ist das Titelthema der aktuellen Ausgabe von **Africa Positive**. Die Beiträge befassen sich zum einen mit der Situation von Menschen während der Flucht und – sofern sie es denn bis dorthin schaffen – nach ihrer Ankunft in Europa. Zum anderen thematisieren die Artikel die Einstellungen und Verhaltensweisen der deutschen Mehrheitsgesellschaft gegenüber Asylsuchenden und Zuwanderern. Die Pegida-Bewegung, so heißt es in einem Beitrag, sei vor allem Ausdruck von Ohnmachtsgefühlen und einem gestörten Verhältnis zu Politikern und Medien. Die Abwehr gegen Zuwanderung diene eher als Katalysator. Als ein weitaus größeres Problem sehen mehrere Autoren den alltäglichen, oft subtilen und teils auch unbewussten Rassismus, den sie anhand unterschiedlichster Beispiele beschreiben.

Das Magazin **Africa Positive** erscheint seit 1998 viermal jährlich, Herausgeber ist der gleichnamige, in Dortmund angesiedelte Verein. Die Blattmacher wollen in deutsch-afrikanischer Zusammenarbeit einen Gegenpol zur einseitigen, überwiegend negativen Berichterstattung über afrikanische Länder – Kriege, Krankheit, Armut – bilden. Entsprechend breit gefächert sind die Rubriken: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Lifestyle und Sport. Ein wichtiges Querschnittsthema ist die Situation von (Deutsch-)Afrikanern, die in Deutschland bzw. im deutschsprachigen Raum leben.

→ Weitere Informationen unter www.africa-positive.de



Bioökonomie – Segen oder Fluch?

Bioökonomie klingt irgendwie gut. Doch schon längst wissen wir, dass nicht alles, was mit Bio beginnt, automatisch einer besseren Welt dient. Deshalb plädieren die Autorinnen und Autoren des Schwerpunktthemas der vom Forum Umwelt & Entwicklung herausgegebenen Zeitschrift **Rundbrief** (4-2014) für einen kritischen Blick auf die Bioökonomie, die ja zunächst einmal nichts anderes ist als die Summe aller wirtschaftlichen Sektoren, die biologische Ressourcen nutzen.

Im Editorial werden die entscheidenden Fragen formuliert: Können nachwachsende Rohstoffe alle stofflichen Anwendungen von Erdöl und anderen fossilen Stoffen ersetzen? Sind sie unverzichtbare Voraussetzungen für eine „climate-smart-economy“, oder sind sie der letzte Sargnagel für die Hungernden der Welt und die noch verbleibenden Ökosysteme? Die Beiträge beleuchten das Thema von unterschiedlichen Standpunkten aus und vermeiden dabei eindeutige Antworten. Zwei Thesen allerdings leuchten ein: Auch eine Bioökonomie wird – bei unverändertem Konsumverhalten – irgendwann an die Grenzen des Wachstums auf unserem Planeten stoßen, und sie muss überprüfbar nachhaltig gestaltet werden, um eine zukunftsweisende Alternative zu herkömmlichen Wirtschaftsformen zu bieten.

Der **Rundbrief** erscheint vierteljährlich und widmet sich verschiedenen Aspekten der Nachhaltigkeit. Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher NROs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Träger des Forums ist der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände.

→ Weitere Informationen unter www.forumue.de

... verschiedenen Naturerlebnispfaden?

Sie gelten mitunter als altbacken und als Relikt einer vergangenen Umweltpädagogik, doch damit tut man den meisten Naturerlebnis- und -lehrpfaden sicher unrecht. Nach wie vor gibt es kaum eine bessere Möglichkeit, Naturschönheiten zu präsentieren, über – mitunter überraschende – Zusammenhänge aufzuklären und alle Sinne für regionale Besonderheiten, interessante Pflanzen oder seltene Tiere zu schärfen.

Dazu reicht es allerdings nicht, ein paar hübsche Tafeln in die Landschaft zu stellen. Wichtig ist ein schlüssiges Gesamtkonzept, wie es zum Beispiel das Naturpädagogische Zentrum Schelphof bei Bielefeld 2005 für sein „KulturLand Schelphof – Erlebnispfad Land(wirt)schaft“ entwickelt hat. Dieser mit Unterstützung von mehr als 20 Kooperationspartnern errichtete Pfad ist in die umweltpädagogische Arbeit des ökologisch bewirtschafteten Schelphofes eingebunden. Die 15 Stationen, Objekte und Installationen zeigen, wie die Kulturlandschaft rund um den Hof entstanden ist und welche Bedeutung die ökologische Landwirtschaft für die Nahrungsmittelproduktion, die Landschaftsgestaltung oder den Naturschutz hat.



Foto: NPZ Schelphof

KulturLand Schelphof

An den Veranstaltungen im KulturLand Schelphof – von der „Spurensuche“ bis zu „LandArt – Kunst und Natur“ nahmen 2014 rund 1000 Menschen teil, rund 5000 besuchten nach Schätzungen von Schelphof-Umweltpädagogin Anne Wehmeier das KulturLand auf eigene Faust. Unsere Stiftung hat den Erlebnispfad mit 147.900 Euro gefördert.

Der Hiesfelder Wald im Norden von Oberhausen ist ein bedeutendes Wald-Naturschutzgebiet, das auch für zahlreiche Freizeitaktivitäten genutzt wird. 2006 hat die Biologische Station Westliches Ruhrgebiet dort einen Waldlehrpfad eingerichtet, dessen Konzeption und Anlage von unserer Stiftung mit rund 17.000 Euro unterstützt wurden. 14 Lehrtafeln erzählen von Tieren und Pflanzen, der Geschichte des Waldes und seiner Bewirtschaftung sowie von den verschiedenen Lebensräumen. So mäandert etwa der Rotbach, ein noch weitgehend naturnaher, typischer Sandbach des Tieflandes, in großen Schlingen durch das Gebiet. Neben den Tafeln informieren 45 Baumscheiben über die Besonderheiten der im Hiesfelder Wald wachsenden Baumarten und Waldlebensräume.

Ein wichtiger Naherholungsraum im östlichen Ruhrgebiet ist der Schwerter Wald. Die Naturförderungsgesellschaft für den Kreis Unna hat dort zwischen 2009 und 2010 einen

rund 1,6 Kilometer langen Naturerlebnispfad angelegt, dessen zunächst 16 Stationen im Jahr 2013 durch fünf weitere Stationen komplettiert wurden. „Sylvia“, ein Buchenblatt aus dem Schwerter Wald, begleitet die Besucher auf ihrer interaktiven Erlebnis- und Sinnesreise, die immer auch die lokalen und historischen Besonderheiten des Gebietes zum Thema hat. Unsere Stiftung hat die Einrichtung des Pfades mit rund 25.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.kulturland-schelphof.de, www.bswr.de, www.kreis-unna.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3163, U-3222 und U-3338



Foto: Freeschütz

Naturerlebnispfad Schwerte



Foto: BSWR

Der Rotbach im Hiesfelder Wald

Neu geförderte Projekte

16. November 2014 bis 15. Februar 2015

Fördervolumen: 661.309 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Agrarwirtschaft am Beispiel von Nicaragua und Kuba Informationsbüro Nicaragua e. V. Auswertung und öffentliche Präsentationen einer Studienreise nach Nicaragua und Kuba zum Thema „Agrarwirtschaft zwischen Ernährungssouveränität und Exportorientierung“	1.2.2015–31.8.2015 E-4904 9.990 €	Umwelt und Umweltbewusstsein im Alevitentum Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen e. V. Studie und Veranstaltungen zur Naturverbundenheit im Alevitentum, um das Umweltbewusstsein von Mitgliedern alevitischer Gemeinden zu stärken.	1.2.2015–30.10.2015 U-3595 10.000 €
Fair führt! Führungen über den Fairen Handel la tienda e. V. Studenten werden als Multiplikatoren des Fairen Handels ausgebildet und bieten in Münster Führungen für Schulen und Jugendgruppen an.	1.4.2015–31.3.2016 E-4905 20.079 €	Anschaffung eines neuen JugendUmweltMobils Naturschutzjugend NRW e. V. Beschaffung und Ausstattung eines Transporters, der für die Umweltbildung genutzt wird, außerdem Entwicklung bzw. Überarbeitung und Erprobung pädagogischer Begleitprogramme, u. a. für Kinder mit Behinderung.	1.2.2015–31.1.2018 U-3600 82.256 €
intombi time Südafrika intombi e. V. Workshops, öffentliche Aktionen, Materialien und ein Foto-Wettbewerb zur Lebenssituation von Mädchen in Südafrika.	1.5.2015–30.4.2016 I-6112 12.623 €	Landes- und Regionalwettbewerbe Naturtagebuch NRW BUNDjugend NRW Erprobung und Durchführung von Wettbewerben für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren, Flankierung durch Bildungsangebote und Begleitmaterialien; außerdem Fortbildungen für Multiplikatoren.	1.2.2015–31.12.2015 U-3605 49.250 €
Indigene Konzepte für nachhaltige Entwicklung Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e. V. Materialentwicklung, Veranstaltungen und Erfahrungsaustausch zwischen Naturschutzverbänden, Experten und Vertretern indigener Völker zur Bedrohung der Wälder und zu nachhaltiger Waldbewirtschaftung.	15.1.2015–15.8.2015 I-6113 17.242 €	Beobachtungsstand Röllingwiese im Ruhrtal NABU Kreisverband Unna e. V. Einrichtung eines Beobachtungsstands für Wasser- und Sumpfvögel in einer Wasserschutzzone in Schwerte-Westhofen.	1.2.2015–30.6.2015 U-3615 5.000 €
Anschaffung Medien The Global Experience e. V. Anschaffung von Kameras, einem iPad und einem Computer für die Medienarbeit des Vereins.	15.12.2014–30.6.2015 I-6114 8.022 €	Saatgutfestival in Düsseldorf 2015 Verein zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt (VEN) e. V. Aussteller und Organisationen präsentieren ihre Arbeit und ihre Produkte. Vorträge, Workshops, Ausstellungen und Filme ergänzen die Veranstaltung.	15.1.2015–30.5.2015 U-3616 4.980 €
Andheri-Hilfe Bonn e. V. Organisationsentwicklungsprozess zur Anpassung von Arbeitsstrukturen und zum Fundraising.	10.12.2014–9.7.2016 O-2325 10.000 €	Plastikfasten – Da simmer dabei! Abenteuer Lernen e. V. Bonner Geschäfte und Verbraucher sollen durch Informationen und Aktionen motiviert werden, von Aschermittwoch bis Ostern auf Plastiktüten zu verzichten.	27.1.2015–30.4.2015 U-3620 5.000 €
Südstadtgärten Iserlohn Bürgerverein Iserlohn Südstadt e. V. Einrichtung eines öffentlichen Gemeinschaftsgartens in einem multikulturellen Stadtteil, außerdem Workshops, Seminare und weitere Angebote zur Umweltbildung.	1.2.2015–30.4.2017 U-3537 97.614 €	Bürgerbeteiligung bei Umweltplanungen Bürgergemeinschaft gegen die Zerstörung der Weetfelder Landschaft e. V. Veranstaltung zum Thema Bürgerbeteiligung am Beispiel der Planung eines neuen Industriegebietes in Hamm/Bönen.	3.2.2015–31.3.2015 U-3629 560 €
Wald- und Wiesenforscher Meckikids e. V. Ausbau eines Umweltbildungsangebots für Kinder durch Gruppenleiterfortbildungen, Einsatz von professionellen Wald- und Erlebnispädagogen und verschiedene Anschaffungen.	1.1.2015–29.2.2016 U-3583 1.910 €	Nachhaltigkeitstrainee Nordrhein-Westfalen UnternehmensGrün e. V. Ein Schuljahr lang widmen sich Schüler einmal wöchentlich in nachhaltig arbeitenden Unternehmen einem Projekt/einer Geschäftsidee und besuchen Workshops zum nachhaltigen Wirtschaften.	1.7.2015–30.6.2016 Z-5287 61.972 €
Ohrendschungel – der Natursymphonie auf der Spur Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e. V. Entwicklung und Erprobung eines Bildungsmoduls zu Bioakustik (Tierstimmen, Naturgeräusche) und Biodiversität für Schulen und außerschulische Gruppen und Einrichtungen.	1.1.2015–31.12.2015 U-3589 70.591 €		
GutGemischtMobil in der Metropole Ruhr Mobilität-Werk-Stadt e. V. Kampagne zu nachhaltiger Mobilität: Erstellung eines digitalen Regionalmodells zur Mobilitätsinfrastruktur; Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur; Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.	1.4.2015–31.3.2018 U-3590 194.220 €		

Studie Ressourcenpolitik: Nicht nur ein Umweltthema

„Die Zukunft im Blick – Trendbericht für eine vorausschauende Ressourcenpolitik“ heißt eine neue Broschüre des Umweltbundesamtes. Sie zeigt Trends und Entwicklungen auf, die man für eine nachhaltige Ressourcenpolitik im Blick behalten sollte. Im Zentrum stehen zwölf Bereiche, die im Zusammenhang mit Ressourceneffizienz oft wenig beachtet werden, beispielsweise Arbeitswelt, Ernährung, Finanzwirtschaft, Mobilität/Infrastruktur oder Marketing und Konsum. Die einzelnen Kapitel enthalten eine Analyse der aktuellen Situation und der möglichen Entwicklung, Handlungsansätze, eine Verknüpfung zur Ressourcen- und Umweltrelevanz des Themas und umfangreiche Literaturhinweise. Die Broschüre richtet sich an Experten und Akteure der deutschen und europäischen Ressourcenpolitik, sie ist aber auch gut lesbar, wenn man sich noch nicht eingehend mit den Themenfeldern befasst hat.

➔ Download der Broschüre unter
www.umweltbundesamt.de

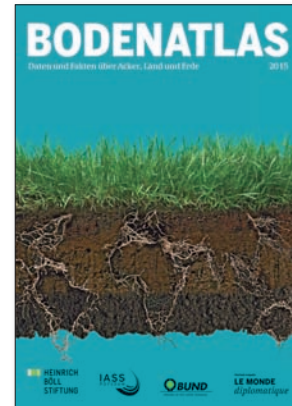


Workshops der Stiftung Von Antrag bis Abrechnung

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen möchten wir Ihnen in unseren Workshops beantworten. Der nächste Termin ist der 19. Mai (weitere Workshops am 2. September und 9. Dezember). Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr.

➔ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an marion.ostermann@sue-nrw.de. Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.

Bodenatlas Das Land wird knapp



100 Fußballfelder: So groß ist die Fläche Land, die in Deutschland jeden Tag dem Städte- und Straßenbau weichen muss. Durch ihren Konsum „verbrauchen“ die EU-Bürger jährlich eine Fläche, die eineinhalb Mal so groß ist wie die Fläche aller 28 Mitgliedstaaten zusammen. Dies sind nur zwei der vielen und meist erschreckenden Fakten, die der im Januar erschienene Bodenatlas präsentiert. Herausgeber sind die Heinrich-Böll-Stiftung, der BUND, das Potsdamer Institute for Advanced Sustainability Studies und Le Monde diplomatique. Der Bodenatlas gibt in zahlreichen Grafiken und Textbeiträgen einen aktuellen Einblick in den Zustand und die Gefährdung der Böden in Deutschland, Europa und weltweit. Themen sind unter anderem Ökosysteme, Bioökonomie, Klimarelevanz, industrielle Landwirtschaft und Ökolandbau, Landgrabbing, Biokraftstoffe, Armutsbekämpfung und Menschenrechte.

➔ Bestellung und Download unter
www.boell.de

Impressum

Ausgabe März 2015 | ISSN 2196-9507



Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Eberhard Neugebohrn
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn

Die nächsten „Resultate“ erscheinen im Juni 2015. Auf Wunsch verschicken wir den Rundbrief auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de

Ausstellung „Weltgarten“ in Münster

Am 26. April 2015 wird im Allwetterzoo Münster der Weltgarten eröffnet – eine große Ausstellung zur globalen Nachhaltigkeit. Themenschwerpunkte sind „Welt im Wandel“ (zum Beispiel Ressourcenknappheit, Klimawandel) und „Konsum und Lebensstil“. Die Besucher erwartet rund um ein Kuppelzelt eine bunte Sammlung von Mitmach-Stationen, darunter das „Globalium“ mit Fakten zur Globalisierung oder der „Lebens-Kompass“, der dazu anregt, über den eigenen Lifestyle nachzudenken.

Für Schulklassen ab Klasse 5 bietet der Weltgarten eigene Programme an: Die Schüler und Schülerinnen erarbeiten in Gruppen Verhaltensmuster für eine nachhaltigere Lebensweise und lernen anhand zahlreicher Beispiele Zusammenhänge auf unserem Planeten kennen.

Der Weltgarten ist das größte Bildungsprojekt des Eine Welt Netz NRW, die Entwicklung, Überarbeitung und Durchführung wurde von unserer Stiftung seit 2005 mit rund 485.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter
www.eine-welt-netz-nrw.de



Foto: Peter Waitendroff/Eine Welt Netz NRW